

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Deutschen
„Gestaltungsanspruch“
bekämpfen!
S. 3**

**Venezuela:
Wachsender
Widerstand gegen
Einmischung
S. 7**

**Bundeswehr
will Zugriff auf zivile
Krankenhäuser
S. 12**

**Die neue „Europa“
Luxus für die Passagiere –
Hungerlöhne für die
Besatzung
S. 15**

**Deutschland –
Kriegsdienst-
verweigerer unter
den Staaten!
S. 18**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 1888 20, Fax: 040 / 43 1888 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

KINKEL-INITIATIVE. Die Deutsche Telekom will einen 35%-Anteil am bisher staatlichen kroatischen Telekommunikationsunternehmen HAT übernehmen. Um die Übernahme vorzubereiten und dabei einen schwedischen Konkurrenten auszustechen, reiste eigens Ex-Außenminister Kinkel nach Zagreb, um die kroatische Regierung an die guten deutsch-kroatischen Beziehungen zu „erinnern“. Die kroatische Wirtschaft liegt am Boden, die Industrieproduktion ist rückläufig, der NATO-Krieg hat den Tourismus zum Erliegen gebracht, die Devisen sind erschöpft, die Anbindung der kroatischen Währung an die DM kommt immer teurer, der Staat steht kurz vor dem Bankrott, so dass Regierung dazu übergegangen ist, Stück für Stück die letzten verbliebenen Staatsbetriebe zu verschern, darunter die größte Versicherung des Landes, der Mineralölkonzern Ina, drei Banken und eben HAT. Bei letzterem Geschäft profitiert auch die Dresdner Bank, die der Regierung mit einem 350-Mio.-Euro-Kredit die Zeit bis zum Geschäftsabschluss zu überbrücken „hilft“ – die Deutsche Telekom wird das Geld für ihren Anteil dann gleich an die Zentrale der Dresdner Bank überweisen.

„STABILITÄTSPAKT“. Der „Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft“ organisierte jetzt eine „Delegationsreise deutscher Unternehmer und Regierungsvertreter“ nach Mazedonien. Nachdem sich erwies, dass das Kosovo-Geschäft sehr langsam anläuft – Region zu klein, Rechtslage ungeklärt, Zugangsweg schlecht, klagt die deutsche Wirtschaft –, verspricht sich Makedonien eine Schlüsselposition bei der deutsch-europäischen Expansion auf dem Balkan. Die Regierung bietet kostenlose Industrie-Grundstücke, niedrige Steuerquoten bei Joint Ventures, gesetzlichen Investitionsschutz und eine (geplante) große Freihandelszone im Länderdreieck Bulgarien/Albanien/Türkei, um ausländische und vor allem deutsche Direktinvestitionen anzuziehen und, so die Hoffnung, die industrielle Entwicklung des Landes voranzubringen. Die „deutsche Wirtschaft“, so verlautet, reagiert zurückhaltend. Sie ist hauptsächlich daran interessiert, neue Absatzmärkte zu erschließen und dabei einen möglichst großen Anteil von den 1 Mrd. Euros zu ergattern, die aus öffentlichen Mitteln in den nächsten beiden Jahren nach dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ bereitgestellt werden.

AMNESTIE? Die Grünen haben aus Anlass des 2000. Geburtstags des christlichen Religionsstifters, des 50. Jahrestages der BRD und des 10. Jahrestages des „Mauerfalls“ eine kleine Amnestie ange-regt, mit der den Gefangenen – ausgenommen diejenigen, die ein „besonderes Sicherheitsrisiko“ darstellen – ein Jahr ihrer Haft erlassen werden soll: ein von vornherein zum Scheitern verurteilter

Versuch, der wohl Bemühungen ersetzen soll, Strafrecht und Strafpraxis in der BRD zu reformieren. Derzeit verschärft die Justiz drastisch ihre Strafzumessungsmaßstäbe. Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen ergaben, dass die Zahl der Gefangenen, die dort durch die Gefängnisse geschleust werden, seit 1990 um 55% gestiegen ist. Das dürfte in anderen Bundesländern ähnlich sein. Allorts werden die Gefängnisse ausgebaut. Eine Amnestie könnte vielleicht vorübergehend „Entlastung“ bringen – eine Änderung dieser Tendenz brächte sie nicht.

KEINE BERICHTIGUNG. Der neue Lagebericht des Auswärtigen Amtes zur Türkei enthält allen großspurigen Ankündigungen zum Trotz keine wesentliche Berichtigung gegenüber den alten, bekannt gefärbten. Nach wie vor sieht die Bundesregierung keine Gruppenverfolgung von Kurden in der Türkei, keine Gefahr für kurdische Flüchtlinge, die abgeschoben werden, sofern sie nicht als politische Aktivisten bekannt seien, sieht sie in der Westtürkei eine sichere Fluchtalternative. Er ändert an der Rechtslage der kurdischen Flüchtlinge nichts. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat deshalb am 15.9. unter direkter Bezugnahme auf den neuen Bericht entschieden, dass „Kurden in keinem Landesteil der Türkei einer politischen Verfolgung allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit ausgesetzt“ seien. Die PDS-Fraktion zitiert dazu aus einer Broschüre des Türkischen Menschenrechtsvereins Istanbul, der die sozial und politisch entrechtete Lage kurdischer Flüchtlinge in der Westtürkei beschreibt und die deutsche Behauptung von der „Fluchtalternative“ ausdrücklich zurückweist.

PETITION ABGELEHNT. Der Deutsche Bundestag hat am 16. September mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP und gegen die Stimmen der PDS ohne jede Debatte die von über 11.000 Menschen unterstützte Petition für die Aufhebung des PKK-Verbotes abgelehnt. Die Ablehnung war vom Petitionsausschuss empfohlen worden. Die PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke und Winfried Wolf wandten sich in einer ausführlichen Erklärung, die zu Protokoll gegeben wurde, gegen die Ablehnung. Darin heißt es u.a.: „Die ... Petition ist auch vom Bundesvorstand der Jungsozialisten, von Mitgliedern und Abgeordneten der Grünen, von GewerkschafterInnen, Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen unterschrieben. Mit der heutigen Ablehnung machen SPD und Grüne einmal mehr deutlich, dass sie kein Interesse haben an einer demokratischen Korrektur der deutschen Türkei- und Kurdenpolitik und an einer Demokratisierung der Türkei.“ Die PDS werde sich weiterhin für die Aufhebung des Verbots einsetzen.

Deutschen „Gestaltungsanspruch“ bekämpfen!

Fischers Brandrede vor der UNO-Generalversammlung

Im Dezember 1997 hatte die Generalversammlung die seit Jahren betriebene „Reform“ der UNO, insbesondere ihres Sicherheitsrates, verschoben. Die Mehrheit mochte sich mit dem Zugeständnis, die Zahl der Sicherheitsratssitze für Vertreter des Trikont zu erhöhen, nicht abspenken lassen und blieb misstrauisch gegenüber den Versuchen der mächtigsten westlichen Industriestaaten, ihre Herrschaft durch ständige Sicherheitsratsmandate für Deutschland und Japan und durch Aufweichung oder Abschaffung des Vetorechts zu verstärken.

Seither haben die Westmächte die UNO, soweit sie sie nicht für ihre Interessen instrumentalisieren konnten, noch stärker an den Rand gedrängt, vor allem durch den Eroberungskrieg gegen Jugoslawien. Das nutzen sie nun, um die UNO auf die Bedürfnisse ihrer weltweiten Herrschaft zuzuschneiden. Bis zur sog. Millenniums-Versammlung im Jahr 2000 soll die „Reform“ unter Dach und Fach gebracht werden.

Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass die diesjährige Generalversammlung einen neuen Tiefpunkt in der Geschichte der UNO und womöglich den Beginn ihres Zerfalls markiert.

Bereits vor Beginn der Generalversammlung hatte Generalsekretär Annan im Sicherheitsrat dem „humanitären Interventionismus“ das Wort geredet und erklärt, dass zukünftig der „Schutz der Menschenrechte“ über die Souveränität der Staaten gestellt werden müsse. Die USA, unterstützt von Frankreich und Großbritannien, „ergänzten“ ihn dahingehend, dass Staatengruppen auch ohne UNO-Mandat das Recht auf Interventionen in ihrer „Einflussosphäre“ hätten. Der BRD konnte sich hier nicht zu Wort melden, da sie im Sicherheitsrat nicht vertreten ist.

Um so anmaßender fiel die Rede des deutschen Außenministers Fischer dann vor der 54. Generalversammlung aus. Ganz im Bewusstsein neuer deutscher Weltgeltung drohte er der Versammlung: „Entweder es bildet sich eine Praxis ‚humanitärer Interventionen‘ außerhalb des UN-Systems heraus“ – oder „das bestehende System der Vereinten Nationen“ werde derart „weiterentwickelt“, dass die UNO „künftig im Falle schwerster Menschenrechtsverletzungen rechtzeitig eingreifen“ kann. Im ersten Fall werde es, führte

er die Drohung aus, „immer häufiger zu einer Umgehung und damit zu einer Erosion des Sicherheitsrates und letztlich auch des gesamten VN-Systems kommen“. Und im zweiten Fall? Welche Zukunft kann die UNO noch haben, wird der Sicherheitsrat zum Instrument für die militärische Durchsetzung der Interessen der mächtigsten westlichen Industriestaaten?

Dass Deutschland im engen Bündnis mit den USA und den europäischen Hauptmächten genau dies beabsichtigt, machen Fischers Forderungen an die „Reform des Sicherheitsrates“ deutlich: Deutschland müsse „mehr dauerhafte Verantwortung“ übernehmen, sprich einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekommen – wie so vieles andere ist auch die Forderung des grünen Wahlprogramms 1998, auf einen solchen Sitz zu verzichten, längst Vergangenheit. Das Veto-Recht müsse, da es zur Zeit nicht ganz abgeschafft werden könne, durch eine „Begründungspflicht vor der Generalversammlung“ ausgehöhlt werden. Diese scheinbar demokratische Forderung zielt auf die Delegitimierung der Sicherheitsratsmitglieder Russland und China, also jener Mächte, die die NATO-Staaten als Hauptgegner ihrer Weltherrschaft ausgemacht haben und auf deren Einkreisung sich ihre militärischen Anstrengungen richten.

Die zweite Forderung, mit der Fischer vor die Generalversammlung trat, macht noch deutlicher, dass es nicht um Stärkung, sondern um die weitere Schwächung der UNO geht.

Und nicht um die generelle „Relativierung des Nationalstaatsprinzips“ geht es, wie Fischer behauptet, sondern um die Zerschlagung der souveränen Rechte jener großen Mehrheit von Staaten, die den nationalen Interessen der Machtzentren im Wege steht. Deutschland will wie die anderen Westmächte die „Stärkung der regionalen Sicherheitssysteme“ und die „Neu-Austarierung der Aufgaben und Kompetenzen zwischen diesen und der UNO“. Damit soll ein Ergebnis des NATO-Eroberungskrieges gegen Jugoslawien – dass nämlich die UNO vollends zum Anhängsel an die NATO degradiert wird – institutionalisiert und in Recht gegossen werden.

Prinzip der Nichteinmischung wird liquidiert

Die Vertiefung der ökonomische Globalisierung geht mit einer gewaltigen Verschärfung der weltweiten Polarisierung einher. Unter anderem führt sie in den peripheren Regionen der kapitalistischen Weltwirtschaft zur Delegitimierung herrschender Eliten und zu deren Versuchen, ihre Herrschaft neu zu legitimieren, z.B. religiös-fundamentalistisch oder nationalistisch. Der von Aufständen und Kämpfen und oft unentwirrbar erscheinenden Konflikten begleitete Zerfall von Staaten, die furchtbaren Bürgerkriege in vielen Regionen der Welt, die mit Sicherheit noch zunehmen werden, sind zwangsläufige Folge der Globalisierung, der imperialistischen Expansion, auch wenn innere Widersprüche sie auflösen.

Deshalb ergänzen die nationalen Machtzentren der kapitalistischen Weltwirtschaft die Globalisierung, die weitere Deregulierung der nationalen Ökonomien durch die Entfesselung ihrer Ordnungspolitik. Ihre Bestrebungen bei der „Reform“ der UNO und der Umwälzung des internationalen Rechts verfolgen das Ziel, das Prinzip der Nichteinmischung als tragende Säule des gegenwärtigen internationalen Rechts, der internationalen Beziehungen völlig aufzuheben und durch ein mit „Menschheitsinteressen“ begründetes Recht auf Einmischung, das ihr und nur ihr Recht auf Einmischung meint, zu ersetzen. Dazu schärfen sie zwei Instrumente, ihre Militärgewalt und das Weltrecht.

Was die militärische Gewalt der BRD betrifft, so ist die laute Klage über die Kürzungen im Kriegshaushalt zumindest größtenteils pure Täuschung. Tatsächlich nämlich wird 1999 der Etat für militärische Beschaffungen von 5,3 Mrd. DM 1997 über 6,5 Mrd. 1998 auf 7,3 Mrd. aufgestockt und damit die für Interventionskriege verlangte „Modernisierung“ der Bundeswehr forciert. Das Eurokorps



wird in ein Krisenreaktionskorps umgewandelt, „das für Einsätze der NATO wie der Europäischen Union (!) zur Verfügung steht“, so Scharping in der Haushaltsrede; damit sind die deutschen Krisenreaktionskräfte um ein Drittel vergrößert worden. Das alles sind nur erste Schritte, aber sie zeigen die Richtung, die mit der beabsichtigten Umstrukturierung der Bundeswehr fortgesetzt wird: die Fähigkeit der Bundeswehr zu Interventionskriegen erheblich zu stärken.

Was das zweite Instrument betrifft, so bedeutet die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs, der ganz stark gerade von Deutschland betrieben und im Juli von 120 Staaten beschlossen wurde, einen wichtigen Schritt, einen „Quantensprung“, wie Fischer vor der UNO sagte. Während die USA keinen Hehl daraus machen, dass der Weg zur Weltherrschaft mit Verbrechen gepflastert ist, und den Gerichtshof kühl ablehnen, solange nicht vertraglich vereinbart ist, dass niemals ein US-Bürger vor diesen Gerichtshof gebracht werden darf, versteckt sich das deutsche Herrschaftsstreben hinter der Moral, nimmt Fischer die „Gerechtigkeit“ in Anspruch – wohl wissend, dass diese Gerechtigkeit ein Gewaltverhältnis verhüllt und sich vor diesem Gericht niemals ein Schröder, Scharping, Fischer verantworten müssen, die sich des Verbrechens des Angriffskrieges schuldig machten, sondern nur Angegriffene, die besiegt wurden und die den Mächtigen im Weg stehen oder die sie nicht (mehr) brauchen können.

Das Prinzip der Nichteinmischung wurde mit dem westfälischen Frieden im internationalen Recht verankert. Der westfälische Frieden beendete 1648 den 30jährigen Krieg. Es ist zu befürchten, dass die Aushebelung dieses Prinzips eine Kette ähnlich endloser und verheerender Kriege in Gang setzt.

Chance für eine defätistische Strategie

Ist diese Entwicklung nicht unaufhaltsam? Die letzten Monate haben deutlich gemacht, dass die EU – zumindest der-

VVN: Rechter Druck auf die Regierung

Massive Kritik äußerte der VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander in einem Pressegespräch an den anhaltenden demagogischen Protesten des Bundeswehrverbandes gegen Kürzungen im Wehretat. Die geringfügigen Einsparungen bezeichnete Sander als Mogelpackung, da sie durch Mittel aus anderen Haushalten wieder aufgehoben würden. Letztendlich seien die Proteste des Bundeswehrverbandes nur der Vorwand für Forderungen nach einer Außenpolitik, die in Stärke und Bewaffnung „dem politischen und wirtschaftlichen Gewicht Deutschlands in Europa“ – so Bundeswehrverbandeschef Oberst Bernhard Gertz – entspräche. In diesem Punkte aber seien sich

zeit – einen Krieg zur Durchsetzung ihrer Ordnungsvorstellungen alleine nicht führen kann. Ohne die USA wäre der Eroberungskrieg gegen Jugoslawien in einem völligen Desaster geendet, so viel steht fest. Aber umgekehrt ist es durchaus ernst zu nehmen, wenn die USA auf der jüngsten Ministerkonferenz der NATO, die Konsequenzen aus dem Krieg beriet, die europäischen Verbündeten und besonders die deutschen ermahnte, die Schlagkraft ihrer Armeen zu verstärken. Ohne die europäischen Mächte und ohne Deutschland wären die USA auf dem europäischen Kontinent zu militärischer Intervention nicht in der Lage. Das hat, bei aller Konkurrenz, dieses Bündnis fest zusammengeschiedet und wird es auf absehbare Zeit zusammenschmieden.

Das ist aber auch die Chance für eine defätistische Strategie in Deutschland. Die Antikriegsopposition hat keine Aussicht, wenn sie sich auf die Debatte über Ordnungsvorstellungen einlässt und darüber, wie Deutschland sein Gewicht in internationalen Organisationen und bei international verbrämter Ordnungspolitik am besten zur Geltung bringen kann. Der Bezug auf die „privilegierte europäische Mittellage“ und alles, was damit verbunden ist, vor allem die große Wirtschaftskraft und das große Machtpotential in Verbindung mit der Frontlage bei der neuen Ostkolonisation, die die parteienübergreifende deutsche Kriegspartei zur Rechtfertigung des deutschen „Gestaltungsanspruchs“ bemüht, ist das entscheidende Argument für das glatte Gegenteil, die absolute Zurückhaltung. Wenn es zutrifft, dass der Eroberungskrieg gegen Jugoslawien ohne Beteiligung Deutschlands nicht möglich geworden wäre und dass ein künftiger Interventionskrieg mindestens in Europa und dass vor allem ein Krieg gegen Russland ohne Deutschland nicht führbar ist, dann wird es um so notwendiger, das durchzusetzen, was mit der Losung: Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten zum Ziel erhoben wird. scc

Minister Scharping und der militaristische Bundeswehrverband einig, konstatiert der VVN-BdA-Bundessprecher. Die Forderungen nach mehr Waffen, mehr Rüstung und weltweiten Einsätzen verdeutlichten, dass sich der Minister und sein Oberst „deutsche Außenpolitik nur noch mit kriegerischen Mitteln vorstellen“ könnten. Offensichtlich – so Sander – komme dieser Protest von rechts Minister Scharping, der die Beteiligung an internationalen Einsätzen als beste Art der Landesverteidigung bezeichnete, gerade recht. Während in den 70er und 80er Jahren Soldaten, die für Frieden und Abrüstung demonstrierten, mit Arrest bestraft wurden, werde der Protest des militaristischen Bundeswehrverbandes als „unpolitische Revolte in Uniform“ verniedlicht.

PDS zum Osttimor-Antrag

Einfallstor oder Einfaltspinsel?

Die staatstragenden Parteien hatten sich vor der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes auf einen gemeinsamen Antrag zur „Lage in Osttimor“ verständigt: „Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates ...“ zur Entsendung einer „Friedenstruppe“ usw. „... war und ist unser Bestreben ...“, Geschlossenheit im VN-Sicherheitsrat zu erreichen“, sagte Fischer in der Debatte. „Unser“? Mit dem Antrag, für die UNO-Entscheidung ohne Bedeutung, weil die BRD im Entscheidungsgremium nicht mitredet, unterstrich der Deutsche Bundestag wohl in erster Linie den Anspruch auf einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat. Außerdem wurden Bundestag und Öffentlichkeit auf die Entsendung eines Sanitätskontingents nach Osttimor eingestimmt. Fischer: „Deutschland darf hier nicht zurückstehen.“ – Besorgniserregend ist, dass das auch ein Teil der PDS-Fraktion so zu sehen scheint. Einige stimmten gegen den Antrag und gaben dazu eine Erklärung ab, ein Teil war nicht anwesend, die Mehrheit enthielt sich, der außenpolitische Sprecher Wolfgang Gehrcke und zwei weitere, deren Namen verschämt verschwiegen werden, stimmten zu. Gehrcke begründete dies lt. ND vom 22.9. so: Erstens habe die „verzweifelte Lage“ in Osttimor einen UN-Einsatz notwendig gemacht, zweitens ginge es um Stärkung oder Schwächung der UNO, drittens sei man ja auch im Kosovo für einen UN-Einsatz gewesen, viertens müsse man an ähnliche Fälle wie Westsahara etc. denken. Natürlich liegt der Fall Ost-Timor gänzlich anders als der Fall Kosovo, ist die BRD seit Jahrzehnten fester Rückhalt des indonesischen Regimes. Aber das begründet nicht, warum sich ein Teil der Fraktion ohne jede Not für den Militäreinsatz und deutsche Ansprüche gewinnen ließ. Damit weichen sie vor allem eine ganz entscheidende Frontstellung auf: Darf Deutschland nicht zurückstehen – oder muss es nicht vielmehr unter allen Umständen von jeder Art Ordnungspolitik zurückgehalten werden? Zu Recht weisen die Gegner des Antrags – es handelt sich um die Abgeordneten Heidi Lippmann, Winfried Wolf, Ulla Jelpke, Carsten Hübner, Sabine Jünger, Ilja Seifert, Heiner Fink – in ihrer Erklärung darauf hin, dass die Zustimmung zu UN-Blauhelm-Einsätzen hierzulande historisch das „Einfallstor“ war „zur Transformation von Kräften, die sich dem Weltfrieden und der internationalen Solidarität verpflichtet fühlten, hin zu Kräften, die imperialistische Kriege rechtfertigen und nunmehr als Kriegsparteien mittragen“.

Vereine sollen den kirchlichen Einfluss sichern

Was in vielen sozialen Bereichen schon vollzogen ist, geschieht nun auch bei der 218-Beratung. Die katholische Kirche, die einen großen Einfluß in diesem Bereich hatte, kündigt, sie wird sich höheren Zielen widmen. Religiöse Vereine sollen statt dessen wirken. Die Kirche spart Geld, und die Ratsuchenden werden angespornt, auf Hilfen möglichst zu verzichten. Selbsthilfe ist modern. Aber der Staat steht in der Pflicht, die CDU/CSU hatte damals die Pflichtberatung durchgesetzt.

„Diese Bescheinigung kann nicht zur Durchführung einer straffreien Abtreibung verwendet werden.“ Mit dieser Formulierung beschlossen am 22. Juni nach Absprache mit Rom alle deutschen Bischöfe den Verbleib in der Schwangerschaftsberatung. Doch einen Monat später machte der Kölner Kardinal Meisner den Papst darauf aufmerksam, dass diese Formulierung „die staatlichen Stellen faktisch ignorieren und den Schein auch mit dem Zusatz als ausreichend für die straffreie Durchführung der Abtreibung gelten lassen“. Und kurz darauf startete der Fuldaer Erzbischof Dyba in der Welt einen Generalangriff gegen die Juni-Lösung, die von weiteren Zeitungen aufgegriffen und gegen das Verbleiben der Kirche in der Schwangerschaftskonfliktberatung gerichtet wurde. Am 18. September kam schließlich ein neuer Brief aus Rom, in dem der Vorsitzende der Glaubenskongregation, Kardinal Josef Ratzinger, und Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano die Juni-Entscheidung als „überholt“ erklärten. 12 Stunden diskutierte die Deutsche Bischofskonferenz (lautstark) darüber. Danach erklärte der Vorsitzende Karl Lehmann, dass die Vollversammlung sich „keine Regelung mit dem Schein“ mehr vorstellen könne. Der Versuch einer differenzierten Lösung habe sich durch die stetige Verschlechterung der Voraussetzungen langsam ad absurdum geführt, „zumal noch viele Faktoren hinzukommen: ständige Versimpelung, offenkundiger Druck, Manipulation usw.“ Von sofort an entscheide jeder Bischof für sein Bistum, wie lange noch ein Schein ausgegeben werde. Einige Bischöfe wollen nochmals beim Papst vorstellig werden, andere kündigten bereits den schnellen Ausstieg an.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gründete am gleichen Tag offiziell den Verein *Donum Vitae* (Geschenk des Lebens), der eine unabhängige katholische Konfliktberatung fortführen soll. Zu den 49 Gründungsmitgliedern gehören u.a. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Thüringen, Erwin Teufel (CDU) und Bernhard Vogel (CDU), die bayerische Sozialministerin Barbara Stamm (CSU) und der Vorsitzende der CSU-

Landtagsfraktion, Alois Glück, der ehem. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und der ehem. Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer. Vereinsvorsitzende Rita Waschbüsch erklärte, man wolle mit Spendengeldern den Kapitalstock für eine Stiftung aufbauen. Um den Umfang der kirchlichen Beratung aufrecht zu erhalten, müssten schon sehr viele Gelder fließen. Eine Stiftung darf ihr Kapital nicht verbrauchen, sondern kann nur die erwirtschafteten Zinsen einsetzen, bei 1 Millionen Mark sind das ca. 50.000 DM.

Anerkannte Beratungsstellen in Bayern

Träger	1999
Katholische Träger	24
Evangelische Träger	7
Pro Familia	7
Kommunale Träger	3
Sonstige freie Träger	1
Gesundheitsämter	76
Insgesamt	118

Beratene Frauen 1998 in Bayern

	in allen Stellen	in kath. Stellen
Allgemeine Schwangerenberat.	30.256	11.687
Konfliktberatungen	21.761	5.701

Förderung der Beratungsstellen in freier Trägerschaft 1998 in Bayern

	in allen DM	in kath. DM
Staat	8.482.905	5.102.370
Kommune	5.089.743	3.061.422
Eigenbeteiligung	3.393.162	2.040.948
Insgesamt	16.965.810	10.204.740

In Bayern Umstellung auf Laienberatung

Derzeit gibt es rund 270 katholische Beratungsstellen. In Bayern sind bis jetzt 24 von insgesamt 118 Beratungsstellen in katholischer Trägerschaft, sie haben einen großen Betreuungsbereich, denn über 60 Prozent der Mittel werden für sie aufgewendet. Diese vom Staat gepflegte Vormacht der katholischen Kirche in der Beratungstätigkeit soll aufrecht erhalten werden. Deshalb sind die CSU-Größen Barbara Stamm und Alois Glück als erste in die Laienvereinigung *Donum Vitae* eingestiegen. „Das ist die Stunde der Lai-



en“, verkündete Ministerin Stamm. „Als katholische Christin und zuständige Ministerin bringe ich mich gerne mit ein, wenn es jetzt darum geht, ein neues tragfähiges Konzept für die Fortführung der Schwangerschaftskonfliktberatung katholischer Prägung zu erarbeiten.“

Auch die Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen in Bayern, Monica Lochner-Fischer, ruft dazu auf, den Verein *Donum Vitae* schnellstmöglich in die Tat umzusetzen. Nur dadurch könne das Wissen der Beraterinnen weiter für die Frauen genutzt werden. Doch sie wirft zwei Punkte auf, die gleichzeitig zu ändern sind: 1. Der Staat muß die Schwangerschaftsberatung voll finanzieren, derzeit übernimmt er nur 50 Prozent und die Kommunen/Landkreise 30 Prozent der Kosten. 2. Alle Beratungsstellen von Pro Familia und anderer Trägerorganisationen müssen staatlich anerkannt werden, um ein möglichst plurales Angebot sicher zu stellen. Derzeit klagt Pro Familia in Regensburg und im Allgäu deswegen gegen den Freistaat (siehe PB Nr. 18/99).

Die Grüne Landtagsfraktion in Bayern unterstützt dies: „Wichtig ist, daß sich alle Träger der Schwangerschaftskonfliktberatung an den vom Staat vorgegebenen Grundlinien halten. Ohne diesen Konsens kann eine plurale Beratung nicht funktionieren. Denn was passiert, wenn einzelne Organisationen ihr weltanschauliches Süsschen überkochen lassen und ihnen dazu auch noch von Seiten der bayerischen Staatsregierung nahezu jede Extrawurst genehmigt wird, haben wir ja nun beim dem Debakel mit der katholischen Kirche erlebt.“

Kirche und Laienverein ziehen an einem Strick

Die Laienvereine werden genauso wie die Kirche vorher den in der Öffentlichkeit als verlogen kritisierten Zusatz auf dem Beratungsschein anbringen, dass er „keinerlei Akzeptanz eines Schwangerschaftsabbruches“ bedeutet. Die Beratung wird also wieder nicht ergebnislos sein. Der moralische Druck wird weiterhin auf hilfesuchende Frauen ausgeübt. Jetzt sogar noch wirkungsvoller, weil die irriige Meinung, der Druck komme nur von einem altersschwachen Papst oder einige wenigen Fundamentalisten aus der zweiten Reihe, nun nicht mehr zählt. Jetzt soll der geballte Druck von unten wirken. Forderungen, die die Aufnahme nichtkirchlicher Kräfte in die Beratungstätigkeit und volle staatliche Finanzierung verlangen, sind daher bestimmt wichtig. *baf*

„Diese Reform macht krank!“

Die nächsten Wochen sind entscheidend für das zukünftige Gesundheitssystem. Jetzt beginnen die Anhörungen und Beratungen der Fachausschüsse von Bundestag und Bundesrat. Mit einer Fülle von Veranstaltungen und Aktionen reagieren deshalb die Betroffenen im Gesundheitswesen. Die Widersprüche, um die es geht, sollen hier aus Sicht der Krankenhäuser dargestellt werden.

Seit 1993 mussten die Gesundheitsanbieter sechs Gesetzesänderungen verdauen. Besonders die Krankenhäuser wurden jedesmal zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen gezwungen. Seit 1996 sind Einsparpotentiale im Medizin- und Sachkostenbereich weitgehend aufgebraucht. Es folgte der Abbau im Personalbereich. Seitdem sind mehr als 13.000 Planstellen allein in den Krankenhäusern des Öffentlichen Dienstes wegrationalisiert. Überwiegend durch Privatisierung oder Outsourcing. Aber auch im Pflegebereich wurden die vor zehn Jahren wegen des Pflegenotstandes erkämpften Planstellen, der Status Quo weitgehend zurückgeführt. Selbst Seehofer konstatierte 1997: „Die Zitrone Krankenhaus ist ausgequetscht.“ Die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer hält aber Ressourcen noch für möglich. Diese will sie durch die Einführung eines Globalbudgets ausschöpfen. Landesweit soll ein Gesamtbetrag sektorenübergreifend für alle Gesundheitsleistungsanbieter, einschließlich der Verwaltungskosten der Krankenkassen, zur Verfügung gestellt werden, der sich an der Einnahmeentwicklung der Krankenkassen orientiert. Die gemeinsame Kritik daran ist, dass dieses Globalbudget weder leistungsorientiert noch dem medizinischen Bedarf entsprechend definiert ist. Durch Massenarbeitslosigkeit, sinkende Lohnquote und ein Sozialsystem, das Besserverdienende aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgliedert, bleibt deren Einnahmeentwicklung hinter der Preissteigerungsrate und Einkommensentwicklung zurück. Es wird befürchtet, daß dies zu schleichender Rationierung des medizinischen Angebots führt. Die Krankenkassen werden dieses Instrument nutzen, um die Krankenhäuser in einen Wettbewerb um die niedrigsten Kosten für die bestimmten Leistungen zu treiben. Überschrittene Erlösbudgets einzelner Krankenhäuser, z.B. durch mehr Leistung, müssen zurückgezahlt werden und reduzieren gleichzeitig das Budget der anderen, da das Gesamtbudget nicht überschritten werden darf.

Heimtückisch geradezu ist die Regelung, daß die Erstattung tariflicher Per-

sonalkosten mit den Krankenkassen verhandelt werden muß. Dies soll nur im Einzelfall, also nur für einzelne Krankenhäuser möglich sein und auch nur dann, wenn durch entsprechend niedrige Budgetabschlüsse bei anderen Krankenhäusern eine Überschreitung des Globalbudgets vermieden wird. D.h. faktisch gibt es gar keinen BAT-Ausgleich mehr. Dies ist nochmals eine Verschärfung der Situation unter der Seehofer-Reform, der diese Kosten noch etwa zu einem 1/3 getragen hat. Die aktuelle Misere vieler Krankenhäuser ist genau dadurch entstanden, dass nicht alle tariflichen Personalkosten erstattet wurden. Bei einem Personalkostenanteil von durchschnittlich 70-75% in den Krankenhäusern hat dies massiv zu Personaleinsparungen, Privatisierung (GmbHs) und damit Tarifflucht geführt. Die Kassen haben damit ein Instrument in der Hand, die Krankenhäuser in die Unwirtschaftlichkeit zu treiben und damit den Anbietermarkt zu bestimmen.

Eine weitere Kritik ist die Verabschiedung der dualen in die monistische Finanzierung der Krankenhäuser. Hierbei wird in einem Stufenplan die vollständige Finanzierung (Betriebs- und Investitionskosten) in die Hände der Krankenkassen gelegt. Somit hätten die Krankenkassen neben dem Einfluss auf die Krankenhausplanung auch über die Finanzierung der Investitionsmittel ein weiteres Druckmittel für ihr vermeintliches Interesse, die Stabilisierung der Beitragssätze.

Die Erfahrungen der Krankenhausmanager bei Verhandlungen mit den Krankenkassen in den letzten Jahren waren derartig negativ, dass sie befürchten, für die Führung ihres „Unternehmens“ zukünftig keine Planungssicherheit zu haben. Aus Sicht der Personalräte ist diese Angst durchaus realistisch.

Die 1,2 Mio. Beschäftigten in den Krankenhäusern werden die Reform mit Massenentlassungen und Abkopplung bei der Einkommensentwicklung bezahlen. Die ersten Versuche sind Anfang des Jahres beim Auftakt der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in Krankenhäusern des ÖD bereits gemacht. Seitdem reißen die Aktionen der Betroffenen gegen diese Reform nicht ab.

Nach der Demo der Gewerkschaften im Juni in Berlin, zu der 30.000 Krankenhausbeschäftigte gekommen waren, folgte ein weiteres Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Über alle Interessensunterschiede hinweg bildete sich bundesweit das Bündnis Gesundheit 2000. Vereint sind hier alle Beschäftigten und ihre Organisationen im Gesundheitswesen, angefangen bei den Ärztekammern, über die Krankenhausgesellschaften bis hin zu den Verbänden sämtlicher Gesundheitsberufe. Es gibt die Verabredung im Bündnis 2000, einseitige Interessenspolitik zurückzustellen, um das Ziel nicht zu gefährden, die Reform zum 1.1.2000 zu verhindern.

Die Enttäuschung bei den abhängig Beschäftigten im Gesundheitswesen ist groß. Alleinzzweck dieser Reformpolitik scheint die Betrachtung der Kostenseite zu sein. Priorität hat nicht der Erhalt und die Verbesserung einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung für alle, sondern der populäre politische Mainstream, niedrige Lohnnebenkosten zu sichern. Sie befürchten, dass sich die Arbeitsbedingungen weiter verschärfen und die Qualität der PatientInnenversorgung sich weiter verschlechtern wird. *aal*

§ 90a – Staatsverleumdung

Wende in der Rechtsprechung?

Im April 1977 bzw. Februar 1999 war die presserechtlich verantwortliche Redakteurin des *Angehörigen Infos*, Christiane Schneider, in erster und zweiter Instanz wegen Staatsverleumdung (§ 90a, Beschimpfung) verurteilt worden: Es ging um zwei Artikel, in denen der Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen als staatlicher bzw. staatlich gedeckter Mord und die anschließenden Ereignisse als Vertuschung bezeichnet worden waren.

Das Hamburger Landgericht sah den Tatbestand der Verunglimpfung der BRD durch die Tatsachenbehauptung erfüllt, Grams sei ermordet worden, und zwar ohne dass die inkriminierten Äußerungen eine Formalbeleidigung darstellten und unabhängig davon, ob sie wahr oder falsch seien. Das Gericht stützte sich dabei auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes von 1961. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung, nach der allein die Behauptung schimpflichen Verhaltens, also ohne besonders verletzenden Ausdruck und unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt, strafbar sei, wird der ohnehin unsägliche §90a zu einem Instrument buchstäblich maß- und bodenloser Verfolgung politischer Kritik. Die Revision gegen das Urteil hat nun einen ersten Erfolg erbracht. Das Oberlandesgericht Hamburg, das über die Revision zu entscheiden hatte, hat es abgelehnt, die Revision zu verwerfen, und die Sache dem Bundesgerichtshof vorgelegt zur Entscheidung über die Frage, ob es für die Anwendung des § 90a Abs. 1 auf die Wahrheit oder Unwahrheit ankomme, eine Frage, die das OLG selbst bejaht.

Damit ist nicht mehr ganz auszuschließen, dass der BGH der Revision stattgibt und die absurde Rechtsprechung revidiert. Das bringt zwar nicht den §90a zu Fall, beschränkt aber immerhin die politischen Verfolgungsmöglichkeiten. In diesem Falle muss die ganze Sache neu verhandelt werden. Das wäre ein großer Erfolg in dem Bemühen zu verhindern, dass sich die Verantwortlichen der Kritik ihres Handelns durch Zensur entziehen und die Todesumstände von Wolfgang Grams mit dem Mantel des Schweigens auf ewig zudecken. *ssc*

Wachsender Widerstand gegen Einmischung in innere Angelegenheiten

Während der deutsche Außenminister Fischer auf der UNO-Vollversammlung zu weltweiter Einmischung zur Wahrung der „Menschenrechte“ aufruft und so eine Legitimation zur Missachtung nationaler Souveränität ableitet, wehrte sich der venezolanische Präsident auf einer USA-Reise entschieden gegen die Darstellung der Politik seines Landes in den ausländischen Medien. Gleichzeitig besetzte eine Gruppe venezolanischer Künstler aus demselben Grund den Sitz der amerikanischen Presseagentur AP in Caracas.

Es geht um nicht viel weniger als darum, welchen Kurs das Land zukünftig steuert, um sich aus einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise zu befreien. Vor wenigen Tagen sprach Präsident Chavez vor der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) davon, Venezuela aus der „Sklaverei des Erdöls“ zu befreien – dass 40 Jahre Verzweiflung, Armut und Enttäuschung geherrscht hätten, weil eine „verlorene Demokratie“ den Staatshaushalt ausge-raubt hätte. Die venezolanische Wirtschaft wird beherrscht von Abhängigkeiten von den USA, seit in den zwanziger Jahren der Ölreichtum des Landes ent-

deckt wurde. Hieraus und aus dem Export von Petroleum ergibt sich die Abhängigkeit und wirtschaftliche Verwundbarkeit des Landes. Jeder kleinste Ausschlag des Ölpreises entscheidet darüber, ob die Bevölkerung ausreichend Beschäftigung, Brot und Ausbildung bekommt, und viel weniger, wer im Grunde das Land regiert.

In den letzten Monaten steigerte sich die internationale Kritik an der Politik der venezolanischen Regierung, vor allem gesteuert durch nordamerikanische Medien. Das Verhältnis der Regierung beider Länder kühlte spürbar ab. Die USA fürchtet die Gefahr allzu großer radikaler Veränderungen der „demokrati-

schVerhältnisse“ in Venezuela sowie eine mögliche Verwicklung des Landes in die bewaffneten Vorgänge in Kolumbien. Ein willkommener Anlass zur Abgabe von öffentlichen US-Bedenken war die Entmachtung des venezolanischen Parlaments durch die im Juli neu gewählte verfassungsgebende Versammlung „Asamblea Nacional Constituyente“ (ANC). Diese Institution ist das Kernstück von Maßnahmen der „Chavistas“ zu einer „demokratischen Revolution“ von umfassenden und notwendigen Veränderungen der Verhältnisse des Landes.

Die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung gewannen die Kandidaten des Polo Patriótico, das Parteibündnis des Präsidenten, mit über 90 Prozent. Nur wenige der unabhängigen oder den Altparteien nahestehenden Kandidaten konnten überhaupt einen der 131 ANC-Sitze erlangen. Das Ergebnis überraschte selbst die optimistischsten Chavez-Anhänger, angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage des Landes und der Tatsache, dass diese Entwicklung sich seit dem Regierungsantritt des Präsidenten im Februar dieses Jahres kontinuierlich weiter verschlimmerte.

Gleich zur konstituierenden Sitzung der neuen Versammlung gab es Kritik in den USA über die Zusammensetzung der Vertreter. Im Gegensatz zu dem entmachteten Kongress, der weitgehend beherrscht wird von den Parteien, die das Land in 40jähriger Herrschaft an den



Pro-Chavez-Kundgebung

Streit in den Gewerkschaften und Streikdrohung in der Erdölindustrie

Bereits mehrmals in diesem Jahr kam es in den venezolanischen Gewerkschaften zu offenen Konflikten. Es gibt in Venezuela keine vielen anderen Ländern vergleichbare Gewerkschaftsbewegung. Neben den sozialdemokratisch geführten traditionellen Verbänden gibt es verschiedenen regionale oder darüber hinaus bestehende eher basisdemokratische Organisationen. Letzte haben über ihre jeweiligen politischen Organisationen und Parteien nicht unerheblich zu den Wahlerfolgen des Präsidenten Chavez beigetragen.

Die wichtigste Einnahmequelle des Landes ist die staatliche Ölindustrie und das wichtigste Unternehmen die „Petroeros des Venezuela S.A.“ (PDVSA). Wie jedes staatliche Großunter-

nehmen eignet es sich natürlich hervorragend zur Unterbringung von politischen Gefolgsleuten der jeweiligen Regierung. Selbstverständlich auch zur Selbstversorgung von unfähigen und korrupten Gewerkschaftsführern. Vor allem, wenn Regierungspartei und Gewerkschaftsführung von derselben Couleur sind. Entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung ist die Gewerkschaft der Erdölarbeiter „Fedepetrol“ die größte des Landes.

Nachdem nun auch die neue Gewerkschaft „Sintraip“ zu den Tarifverhandlungen zugelassen wurde, drohte die Führung von „Fedepetrol“ mit Streik. Nach Angaben von „Fedepetrol“ verfügt diese über 22000 Mitglieder, gegenüber 2400 der neuen Organisation, die der Präsidentenpartei „Movimiento Quinta Republica“ (Mitglied des Polo Patriótico) nahe steht. Bei einem Streikaufruf rechnet man mit Unterstützung von 8000 Mitgliedern an-

derer Gewerkschaften.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um eine umfangreiche Veränderung des Landes finden die politischen Kämpfe in allen Bereichen statt, wo sich die alte Herrschafts-oligarchie in über 40 Jahren festgesetzt und verschanzt hat, im Staatsapparat und in den Institutionen der staatlichen Wirtschaft. Gerade dort besteht nach wie vor ein mächtiges Potential, jeden Ansatz, der die verkru-steten Strukturen aufmischt, zu torpedieren.

Kommt es zu einem Streik in der Erdölindustrie, könnte es den glücklichen Umstand steigender Ölpreise, und damit einer möglichen wirtschaftlichen Erholung, zunichte machen. Aber niemand kann vorhersehen, ob die Erdöl-arbeiterschaft einem Aufruf ihrer nachweislich korrupten Führung überhaupt Folge leisten wird.

äußersten Rand des Abgrundes geführt haben, dominieren den ANC die demokratische Linke und fortschrittliche Militärs. Es wird erwartet, dass es im kommenden Februar vorzeitige Wahlen für eine neues Parlament geben wird. Mit einer abzusehenden zukünftigen Parlamentsmehrheit für Polo Patriotico wird die traditionelle Parteienherrschaft endgültig zerschlagen.

Die Hauptaufgabe des ANC besteht darin, innerhalb eines Jahres eine neue Verfassung auszuarbeiten, die dann via Volksreferendum bestätigt werden muss. Kritiker gehen davon aus, dass diese Verfassung aber schon längst geschrieben wurde und der ANC lediglich zur Vorspiegung demokratischer Legitimation dienen soll. Inzwischen wurden bereits 70 Prozent der neuen Verfassung formuliert, und man rechnet mit einer Vorlage für das Referendum durch das Volk in den nächsten zwei Monaten.

Dass längst nicht alle Vorschläge des Präsidenten übernommen wurden, spricht gegen die ANC-Kritiker. Mit Sicherheit wird die einmalige Amtszeit des Präsidenten aufgehoben – bisher konnten sich venezolanische Präsidenten nach Ablauf ihrer Amtszeit erst nach einer Frist von acht Jahren erneut zur Wahl stellen. Andere, beim Kapital und Anlegern aus dem Ausland ungern gesehene Schwerpunktthemen sind: umfassende Staats-, Land- und Sozialreformen, wobei eindeutige Absagen an neoliberale und turbokapitalistische Lösungen vorhersehbar sind.

Seit einer Zeit bereits wird der „Plan Bolivar 2000“ umgesetzt, der nichts anderes bedeutet als den integrierten Einsatz des Militärs und ziviler Institutionen bei Maßnahmen, die zur Linderung der dringendsten Missstände beitragen. So bei Bau, Säuberung und Instandsetzung von Straßen, Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen, im Rahmen der Gesundheitsvorsorge und bei anderen sozialen Diensten. Gleichzeitig finden andere Institutionen und Vorhaben Förderhilfe, wie eine Volksbank, nach Vorbildern aus Indien und Bangladesch, zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten.

In den letzten Wochen stiegen die Ölpreise auf über 20 Dollar pro Barrel, bedingt durch eine strikte Reduzierung der Ölförderung durch die OPEC-Mitgliedstaaten, an die sich auch Nicht-OPEC-Ölproduzierende Staaten hielten. Venezuela ist Mitglied der OPEC. Es könnte den Manövrierspielraum der Chavez-Regierung vergrößern, den Staatshaushalt sanieren und die Auslandsverschuldung reduzieren. Aber was viel wichtiger ist, schnelle Besserung ist angesagt für die ca. 80 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben müssen. Ein Erfolg des venezolanischen Versuchs, dem vom internationalen Kapital aufgezwungenen Weg zu verlassen, wäre ein Erfolg für ganz Lateinamerika, wo dieser Prozess aufmerksam und nicht ohne Sympathie verfolgt wird. gal

Gespräche über Ölförderrechte vor Osttimor in Portugal

Rolle Australiens kritisiert

Die osttimorische Unabhängigkeitsbewegung und die staatliche portugiesische Ölgesellschaft Petrogal planen Gespräche über Ölförderrechte in den Gewässern vor Osttimor. Mari Alkitiri, einer der Vizedirektoren des nationalen Widerstandsrats Osttimors, erklärte am Freitag in Lissabon, Petrogal habe die Ausbildung einheimischer Ölingenieure zugesagt. Zugleich wies er einen portugiesischen Zeitungsbericht zurück, wonach Petrogal einer Übernahme von zehn Prozent der Produktionsrechte bereits zugestimmt habe. Die Ölfelder in der Region wurden gemäß eines Vertrags von 1989 gemeinsam von Australien und Indonesien erschlossen.

Der Nachrichtenagentur Lusa sagte Alkitiri, er werde mit Petrogal über die Bedingungen einer Zusammenarbeit verhandeln. Dem staatlichen Rundfunksender RDP erklärte er, dass eine künftige osttimorische Regierung Gespräche über Förderrechte mit der australischen Regierung beginnen würde. In den Gewässern vor Osttimor befinden sich reiche Öl- und Erdgasvorkommen, denen beim Aufbau der Wirtschaft in der bisherigen indonesischen Provinz eine Schlüsselrolle zukommen könnte. Die Öl- und Gasreserven könnten auch als Sicherheit dienen, um internationale Kredite für den Wiederaufbau zu erhalten.



Lusa berichtete am Freitag unter Berufung auf die Wochenzeitung «Independente» ferner von einem Geheimabkommen zwischen dem Führer der Unabhängigkeitsbewegung, Jose Alexandre Gusmao, und dem portugiesischen Außenminister Jaime Gama. Demnach planen Portugal und Osttimor eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ölförderung. Bisher haben sich Australien und Indonesien die Einnahmen aus dem Ölgeschäft geteilt. Dass Gusmao nun Geheimverhandlungen mit Portugal führen soll, um die Australier auszubooten, liegt an der unrühmlichen Rolle, die Australi-

en bisher im Osttimorkonflikt gespielt hat.

Australien und Japan deckten den Anschluss Osttimors an Indonesien. Großbritannien, USA und Australien lieferten Waffen und übernahmen die Ausbildung des Militärs, zumal es noch immer Widerstand zu bändigen gab, der mit einem permanenten Ausrottungsfeldzug gegen die für ihre Autonomie kämpfende Bevölkerung der Insel beantwortet werden mußte.

Australien erkannte 1985 die völkerrechtswidrigen Annexion Osttimors durch Indonesien an. Zu dieser Entscheidung trug bei, dass die Insel reich an Ressourcen ist. Aber auch ihre strategische Lage war von Interesse. In der darauffolgenden Zeit wurde Australien zum wichtigsten Handelspartner. Mit Unterzeichnung des Timor-Gap-Abkommens zwischen Australien und Indonesien wurde die Plünderung der Holz-, Öl- und Erdgasvorkommen legalisiert. Menschenrechtler, vornehmlich aus Großbritannien, USA und Australien, die diese Politik kritisierten, wurden beschimpft, verfolgt oder ermordet.

Dass die Australier jetzt ausgerechnet den Oberbefehl über die UNO-Friedenstruppen in Osttimor haben, zeigt, dass sie ihre strategischen und ökonomischen Interessen bei der Neuordnung der Region durchsetzen wollen. Dafür haben sie auch den passenden Oberbefehlshaber platziert. Der australische Offizier Peter Cosgrove wird in einer biographischen Notiz in der FAZ folgendermaßen eingeführt: „Als junger Offizier hat Peter Cosgrove in Vietnam mit seiner Infanterieabteilung ein halbes Dutzend Bunker des Vietcong gestürmt und ausgeräumt. Dafür ist er, 22 Jahre alt, mit dem ‚Military Cross‘ ausgezeichnet worden.“ Offenbar wenden er und seine australische Truppe die in Vietnam gelernten Rambo-Methoden auch in Osttimor an. Jedenfalls hat jetzt der stellvertretende Kommandeur der UNO-Schutztruppe, ein thailändischer Offizier, Beschwerde beim UN-Sekretariat eingelegt wegen der rüden Verfolgungsmethoden der australischen Einheiten, die keinerlei Unterschied machen zwischen indonesischen Todesmilizen und Osttimoresern.

In den letzten Tagen mehren sich daher auch die Proteste in Australien gegen den Truppeneinsatz. Direkt werden Beziehungen hergestellt zwischen den Interessen der Bergbaukonzerne Rio Tinto und BHP die in Indonesien Bergwerke betreiben (einige Gruben wurden inzwischen vorsichtshalber geschlossen, was den Profit schmälert) und dem Einsatz der Armee. Die „Socialist Equality Party“ sieht in dem Einsatz die Fortführung der langjährigen „imperialistischen Politik Australiens und der USA in Indonesien ... Das soll nur dazu dienen, nicht nur Osttimor, sondern ganz Indonesien weiterhin für den Kapitalismus zu sichern. Wir sind total gegen jeden Truppeneinsatz.“ hav

Rund 30 000 Menschen nahmen am sogenannten „Marsch der Unzufriedenen“ teil. Die Unzufriedenen forderten Einkommensgarantien für Landwirte, höhere Löhne und Gehälter, Schutz vor Entlassungen und eine Nachbesserung der Gesundheits- und Rentenreform. Daniel Podrzycki von der „Solidarnosc 80“ – einem fundamentalistischen Ableger der an der gegenwärtigen Regierung beteiligten Solidarnosc-Gewerkschaft – protestierte gegen den „ökonomischen Faschismus“ der Regierung, und Jozef Wiaderny von der einst kommunistischen Staatsgewerkschaft OPZZ sprach von einer „Vetternrepublik“, die schnell liquidiert werden müsse. Die OPZZ steht dem oppositionellen Demokratischen Linksbündnis nahe, dessen Führer Leszek Miller vorzeitige Neuwahlen fordert. Die Popularität der Regierung Jerzy Buzeks ist in den letzten Wochen radikal gesunken. Derzeit wird der Regierungschef nur noch von einem knappen Viertel seiner Landsleute unterstützt. Neben Bauern, Bergarbeitern und Fabrikarbeitern nahm auch eine große Zahl von Frauen, vornehmlich Krankenschwestern, an dem Protestmarsch teil. Mit umgerechnet 300 Mark pro Monat verdienen sie derzeit nur etwa ein Drittel des polnischen Durchschnittslohnes. Nach der Gesundheitsreform müssen viele von ihnen außerdem mit Entlassungen rechnen, obwohl es in Polen zu wenig Krankenschwestern gibt. Auch viele Lehrerinnen nahmen an dem Marsch teil.



geben. Die Entlassung und anschließende Neuverpflichtung befreit die Plantagenbesitzer in vielen Fällen von Sozialleistungen. Es fällt ihnen so auch leichter, sich missliebige Arbeiter, die sich z.B. der Gewerkschaft anschließen, vom Hals zu schaffen.

Indien: Narmada-Hungerstreik

Im indischen Narmadatal sind am Sonntag die Führerin der Bewegung zur Rettung der Narmada, Medha Patkar, und weitere 134 Frauen und Männer festgenommen worden. Die „Sathyagrahis“ (nach Gandhi gewaltlose „Kämpfer für die Wahrheit“) hatten stundenlang in hüfttiefem Wasser gestanden. Die Polizei versuchte vergeblich, einem anwesenden deutschen Fernsichteam die Kamera zu entwenden. Alle 135 Verhafteten befinden sich im Hungerstreik. Im Dorf Domkhedi trotzen weiter 400 Menschen den Fluten. Mindestens 10 Satyagrahis haben geschworen, mit dem steigenden Wasser unterzugehen; sie stehen seit Sonntag in knietiefem Wasser. Im Dorf Jalsindhi steht das Wasser nur wenige Meter unterhalb der ersten Häuser. – Währenddessen bewegt sich seit dem 13. September der „Narmada-Solidaritätsmarsch“ aus vier indischen Städten (Kanyakumari, Bangalore, Chennai und Jaipur) auf Delhi zu. Die Teilnehmer – darunter viele Prominente von indischen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen – wollten sich gestern mit dem indischen Präsidenten Dr. K. R. Narayanan treffen. Die Demonstranten fordern einen sofortigen Baustopp und Neuverhandlung des gesamten Narmada-Projekts unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung sowie die volle Rehabilitierung aller bisher Vertriebenen. Das Narmada-Projekt umfasst 3000 große, mittlere und kleine Staudämme, dessen Bau zur Vertreibung von über einer Million Menschen führen würde.

Russland kritisiert UCK-Umwandlung

Russland hat die Umwandlung der UCK in ein ziviles „Kosovo-Schutzkorps“ kritisiert und vor möglichen negativen Folgen für den Friedensprozess gewarnt. Die entsprechende Vereinbarung zwischen UCK und KFOR sei ein „offensichtlicher Versuch, einen Teil der bewaffneten Verbände der Kosovo-Kämpfer zu legalisieren“, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums. Dies widerspreche dem Geist der Kosovo-Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates, der zufolge die UCK und andere bewaffnete Verbände der Kosovo-Albaner entwaffnet werden müssten. 200 Angehörige des neuen Korps dürften hingegen zum „persönlichen Schutz“ Waffen tragen. Moskau habe mehrmals erklärt, dass der Erhalt der inneren Organisation und der Kommandostruktur der bewaffneten Verbände der Kosovo-Albaner, „ganz gleich in welcher Form, äußerst gefährlich und unzulässig“ sei. Angesichts der anhaltenden Vertreibung der nicht-albanischen Bevölkerung stelle sich die Frage, „wen und vor wem diese Kräfte zum Schutz des Kosovo“ schützen sollten. – Aus Protest gegen die Bildung des „Kosovo Schutzkorps“ haben die Kosovo-Serben die Zusammenarbeit mit Albanern und der UNO-Mission ein-

geschränkt. Momcilo Trajkovic, Vorsitzender der Serbischen Widerstandsbewegung, und der orthodoxe Bischof Artemije verließen den Kosovo-Übergangsrat, der die UNO bei ihrer Arbeit berät.

Costa Rica: Ausbeutung im Bananensektor

(San Jose, 21.9.99, pulsar-Poona) Mehrere hundert Bananenarbeiter zogen in einem Protestmarsch gegen die Verletzung ihrer Rechte durch die costarikanische Hauptstadt. In den vergangenen Wochen sind etwa 1.200 Arbeiter auf den Plantagen entlassen worden, weitere 1.000 stehen vor dem gleichen Schicksal. Zwar werden einige von ihnen wieder eingestellt, aber mit geringerem Lohn oder mit beschränkter Arbeitsplatzgarantie. Die Produzenten begründen ihr Verhalten mit den niedrigen Preisen für Bananen auf dem internationalen Markt. Die neuen Preise seien von den transnationalen Handelsunternehmen (die aber zugleich meist die Produzenten sind; die Red.) durchgesetzt worden. Gilberth Bermúdez von der Koordination der Bananengewerkschaften versichert, dass die Unternehmen mit dem Schicksal von etwa 52.000 Arbeitern spielen, indem sie ihnen nur Verträge mit zwei Monaten Laufzeit

Spanien: Rente für Untergrundkämpfer gefordert

Das spanische Parteienbündnis „Vereinigte Linke“ hat sich im Parlament dafür eingesetzt, den Untergrundkämpfern gegen die Franco-Diktatur eine Rente zukommen zu lassen. Sie hätten das gleiche Recht darauf wie die Armeeangehörigen der demokratischen Republik, denen eine Rente gezahlt wird, begründete die Fraktion ihren Antrag. Außerdem sollten in den rund 2000 Ermittlungsakten über diese Personen die Begriffe „Banditen“ oder „Übeltäter“ durch „Guerillero“ ersetzt werden, fordert die Vereinigte Linke. übrigen Parteien äußerten sich zu den Forderungen bisher nicht. Erst vor wenigen Tagen hatte das Parlament erstmals den „faschistischen Militärputsch“ von Francisco Franco am 18. Juli 1936 verurteilt. Diesem Beschluss stimmten sämtliche Parteien außer der regierenden konservativen Volkspartei zu.

Zusammenstellung: hav



Verhindert den Naziaufmarsch am 2. Oktober in Köln!

KÖLN. Für den 2. Oktober rufen Nazis zu einer bundesweiten Großdemonstration „gegen Ausländerintegration und doppelte Staatsbürgerschaft“ in Köln auf. Nachdem es am 22.5.99 gelang, den Naziaufmarsch gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ zu verhindern, fühlen sich die Faschisten jetzt herausgefordert und mobilisieren massiv nach Köln. Bis zu 1000 Nazis werden erwartet. Das Bündnis *Köln stellt sich quer* ruft auch diesmal auf den Naziaufmarsch zu verhindern. Die antifaschistische Demonstration beginnt um 10 Uhr am Waidmarkt. www.is-koeln.de/antifakoeln

Den nationalen Konsens sprengen! Kampf dem imperialistischen Krieg!

WIESBADEN. Unter dieser Losung ruft ein Antinationales Aktionsbündnis zu einer bundesweiten Demonstration am 3. Oktober nach Wiesbaden auf. Dort richtet die Hessische Landesregierung den diesjährigen Staatsakt sowie ein Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit aus. Als Redner werden der Bundespräsident, der Bundeskanzler sowie der Präsident der EU-Kommission erwartet. Auf der Gegendemonstration werden Jutta Dittfurth, Ökologische Linke, Kurt Goldstein, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und ein Vertreter des Arbeitskreises Umweltschutz Wiesbaden sprechen. Aufrufe und Plakate für die Aktion können angefordert werden beim Infoladen Linker Projekte, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611/440664, Fr 17-20 Uhr, sonst AB, Fax 0611/9490751. Die Auftaktkundgebung beginnt um 11.30 Uhr auf dem Luisenplatz. Nachmittags wird es im Kulturzentrum Schlachthof ein antinationales Spektakel (nix nation! jump the border!) mit Filmen, Musikprogramm etc. geben. *ola*

Robin Wood Aktion gegen Atom-müll-Zwischenlager in Lingen

SALZGITTER. Mitglieder der Umweltschutzorganisation *Robin Wood* haben am 17. September vor dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter gegen das derzeit laufende Genehmigungs-

verfahren für das Castor-Zwischenlager am Atomkraftwerk Lingen protestiert. Sie hängten ein 6x10 m großes Transparent mit der Aufschrift „Auch dezentral ist katastrophal! Stop Castor-Halle in Lingen! Atomausstieg sofort!“ an der Fassade des Bundesamtes auf. Jürgen Sattari begründete die Aktion: Die geplanten 130 Castor-Stellplätze reichen für Brennelemente aus ca. 50 Jahren Reaktorbetrieb. „Dies zeigt, dass dieses Lager nicht, wie öffentlich verkündet, dem Ausstieg aus der Atomenergie, sondern dem langfristigen Weiterbetrieb des AKW dient.“ Im derzeitigen Genehmigungsverfahren können alle BundesbürgerInnen bis zum 1. Oktober Einwände gegen das geplante Zwischenlager erheben. *Robin Wood* ruft auf, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. *PE 17.9.*

Kampagne in Vorbereitung

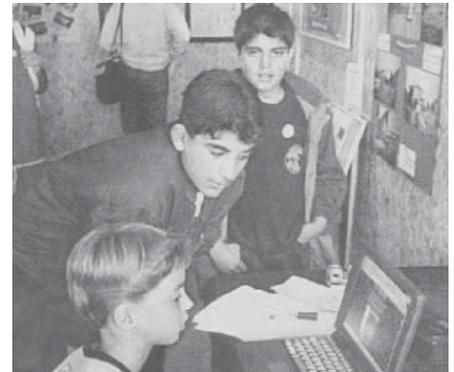
ELMSHORN. Nach der Provokation der Nazis, die gegen das Rock-gegen-Rechts-Konzert im April ihre „freie Meinung“ demonstrieren wollten, bemüht sich ein Kreis von Antifaschisten um die politische Zerschlagung der öffentlichen Treffpunkte vor allem von jungen Nazis. Damit soll ein Festsetzen von Nazis wie in Halstenbek oder Rellingen verhindert werden. Auf Initiative der Antifa-Jugend treffen sich IG Metall, Bürgermeisterin, Antifaschistischer Trägerkreis und VVN/BdA und entwickelten ein Plakat „Wir mischen uns ein - Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen - Keine Toleranz für Neonazis in Elmshorn & anderswo - Für solidarisches Miteinander statt rassistischer Ausgrenzung“ für dessen Unterstützung momentan Unterschriften von Organisationen, Initiativen, Parteien, Betriebsräten, Geschäftsführungen, etc. gesammelt werden. Neben den genannten Organisationen haben bereits innerhalb weniger Tage weitere Organisationen, Betriebs-/Personalräte und Parteien unterschrieben. *dm*

**kein
mensch
ist
illegal**

Demonstration gegen BGS-Zentrale in Koblenz

Am 15./16. Oktober wird es einen EU-Sondergipfel über Migrationspolitik und Umsetzung des Amsterdamer Vertrages im finnischen Tampere geben. Anlässlich dieses Gipfels sind dezentrale, europaweite Gegenaktivitäten geplant. Im September finden Demonstrationen in Frankreich, Portugal, Belgien und Italien statt. Für den 15. Oktober sind parallele Aktionen vorgesehen, die die Abschiebepolitik in den Mittelpunkt stellen werden. Für die BRD ist eine Kundgebung vor der BGS-Zentrale in Koblenz (Beginn 12 Uhr) mit anschließender Demonstration geplant. Die Direktion des Bundesgrenzschutzes fungiert als Leitstelle eines Apparates,

der nicht nur die Rück- und Abschiebemaßnahmen exekutiert. Koblenz koordiniert die Beschaffung der für Abschiebungen erforderlichen Dokumente. Von dort wird die Zerschlagung der Fluchtrouten organisiert und die grenzpolizeilichen „Anpassungsprozesse“ der südosteuropäischen Länder betrieben. Infos und Material bei: Infoladen Köln, Tel. 0221 / 5 2 29 07, Fax 0221 / 5 10 27 65. *Rundbrief „Kein Mensch ist illegal“, ola*



„Ein Schiff kommt – Segel setzen gegen Rassismus“

KÖLN. Über 2000 Schülerinnen und Schüler in Köln beteiligten sich an den verschiedenen Workshops der Kampagne „Das Schiff kommt“. Die Themen Diskriminierung und Gewalt werden nicht im Frontalunterricht, sondern im Erlebnis, im Spiel und in den Eigen-Erfahrungen vermittelt bzw. zur Diskussion gestellt. Diese Workshops werden in zahlreichen Kölner Schulen stattfinden. Nur ein kleiner Ausschnitt findet auf dem Schiff selber statt. Am Samstag, wurde ein „Tag der offenen Luken“ durchgeführt, am Sonntag gab es noch Workshops und Veranstaltungen, zu denen 500 Jugendliche kamen (siehe Bild). Auf der Eröffnungsveranstaltung begrüßte der Kölner OB Burger die Kampagne. Er betonte, dass Köln eine Stadt ist, in der viele Kulturkreise friedlich miteinander leben. Er warnte vor dem aufkommenden Rechtsextremismus, dagegen müsse man gemeinsam vorgehen. Das Schiff wird jetzt weiter nach Leverkusen und Düsseldorf „segeln“. *jöd*

„Faire Volksrechte im Land“

MÜNCHEN. Die Initiative Mehr Demokratie will mit einem Volksbegehren die Bürgerrechte zurückgewinnen, die der Bayerische Verfassungsgerichtshof durch die Abstimmungsklausel vor einer Woche eingeschränkt hat. Die Richter führten ein Zustimmungsquorum von 25 Prozent der Stimmberechtigten für verfassungsändernde Volksentscheide ein. Die Initiative will mit dem Volksbegehren „Faire Volksentscheide im Land“ erreichen, dass wie bisher die Mehrheit der gültigen Stimmen entscheidet. Ein entsprechender Satz soll in Artikel 74 der Verfassung aufgenommen werden. Die nötigen 25000 Unterschriften sind schon gesammelt. *baf*

Der Vorsitzende des Hochschulrats an der Augsburger Universität, Dr. Manfred Scholz, hat sich Ende August mit einem Konzept zu Wort gemeldet. Die Universität solle Fakultäten abgeben und mit ihren Kernkompetenzen ein eigenständiges Profil aufbauen: Wirtschaftswissenschaften, Jura und Naturwissenschaften ja, der Rest kann wegfallen.

Scholz hat mit diesem Konzept die marktwirtschaftliche Profitlogik auf die Hochschule übertragen: Ein Unternehmen sucht immer den Bereich einzugrenzen, in dem es seine „Kernkompetenz“ hat, wo es also der Konkurrenz überlegen ist. Da können höhere Gewinne erzielt werden, und sonstige Geschäftsbereiche werden stillgelegt oder verkauft. Die Firma Siemens bietet seit Jahren ein anschauliches Beispiel dafür.

Literaturwissenschaftler im Sonderangebot? Philosophieprofessoren im Sommerschlussverkauf? Da derzeit viele Lehrstuhlinhaber kurz vor der Pensionierung stehen, würde ein solches Konzept unter Umständen sogar ohne große rechtliche Probleme durchsetzbar sein.

Und was soll die Anwendung dieser Logik auf den Universitätsbereich bringen? Wenn die Hochschulen sich auf „Kernbereiche“ beschränken, so die Argumentation von Scholz, dann können sie dort Spitzenleistungen anbieten. Das heißt bessere Professoren, bessere Forschung, und natürlich die lang ersehnte Möglichkeit, Studenten von Hand auszuwählen und damit das Recht der Studenten, sich eine Hochschule zu wählen, abzuschaffen.

Scholz ist Finanzchef von Haindl Papier und aus diesem Grund, also als Wirtschafts- und Finanzspezialist, in den Hochschulrat berufen worden. Er dürfte wissen, wovon er spricht – und er hat sei-

Ein Hochschulrat denkt marktwirtschaftlich

Philosophie überflüssig?



nen Worten bereits Taten vorausgehen lassen. Denn Haindl hat auf Betreiben von Scholz der Uni Augsburg einen Lehrstuhl für Umweltmanagement spendiert, mit einer Stiftung von fünf Millionen DM. Nur schwer könnte man sich auf einem solchen Lehrstuhl einen Professor vorstellen, der die Umweltpolitik von Haindl oder einer anderen Augsburger Firma kritisiert, oder? Wissenschaft als Dienstleistung für Wirtschaftsinteressen – das ist demnach das Ziel, das Scholz verfolgt.

Die Forderungen von Scholz entspringen keinem falsch verstandenen Ehrgeiz. Sie entsprechen der Aufgabe, die die CSU bei der Novellierung des Hochschulgesetzes dem Gremium Hochschulrat gestellt hat: Konzepte für die Zukunft entwickeln. Darauf hat auch der noch amtierende Rektor Reinhard Blum in einer Stellungnahme mit spöttischem Un-

terton hingewiesen: „Niemand habe realistischere Weise davon ausgehen dürfen, dass entsprechend gewichtige Persönlichkeiten auf Dauer nur im Stillen wirken und den Rektor bei der Leitung der Universität lediglich unterstützen würden“ (Pressemitteilung vom 30. August).

Gegenüber der Profilierungsoffensive des Hochschulrats lassen sich viele Argumente anführen. Das Konzept würde bedeuten:

- Aufgabe des traditionellen Anspruchs der Universalität zugunsten von Fachhochschulen
- Aufgabe des Regionalcharakters der Augsburger Universität
- kurzfristiger Verzicht auf Sprachausbildung trotz Globalisierung
- Abschaffung des freien Zugangs zu Hochschulen
- Abschaffung der regionalen Lehrerausbildung
- Abschaffung des freien Denkens für Hochschulangehörige
- Abdrängung der philosophischen und ethischen Reflexion in den privaten und religiösen Bereich
- Orientierung allen Denkens und Handelns am Wirtschaftserfolg.

Da an der Universität noch Semesterferien sind, hatten die Studierenden noch keine Möglichkeit, sich über das Scholz-Konzept zu verständigen. Proteste sowohl von Studenten wie von Professoren haben sich bereits auf der Leserbriefseite der Lokalzeitung niedergeschlagen. Wer sich nicht nachsagen lassen will, konservativ zu sein, setzt sich dabei für Strukturveränderungen ein, aber „nicht so“. Wie dann? An wessen Interessen soll sich die Wissenschaft und Hochschulausbildung orientieren? Die Debatte kann interessant werden, man darf gespannt sein. *mif*

Studienvertrag

Der Hamburger Unipräsident Lühje schlägt vor: In Zukunft sollen alle Studierenden mit der Hochschule eine „Studienvereinbarung“ abschließen, in der Art, Dauer und „Intensität“ vertraglich geregelt werden.

Dieses Vertragsverhältnis beinhaltet beispielsweise Vereinbarungen über die Zahl der zu besuchenden Seminare und über den Zeitraum, in dem ein Studium abgeschlossen werden soll – wahlweise als Voll- oder Teilzeitstudium. Die Studierenden versprechen, sich an Studienplan und -dauer zu halten; die Hochschule garantiert, dass die „Leistungen“, die dazu vonnöten sind, bereitgestellt werden. Vehement preist Lühje die Vorteile eines solchen Vertrages an: „Im Rahmen dieser wechselseitigen Verbindlichkeit werden die Studierenden regelmäßig beraten, müssen dann aber auch Abweichungen von den vereinbarten Regelungen, also auch eine Überschreitung der Studienzeit, begründen.“ (Hamburger Abendblatt, 24.8.99)

Die Studierenden haben diesen Vorgaben zu folgen – Einfluss auf den Inhalt des Vertrages haben sie keinen. Denn während die Studierenden nicht auf ihre wissenschaftliche Qualifizierung verzichten können und wollen, meint das

Hochschulmanagement, sich ihre Studierenden aussuchen zu können. In einem solchen Vertrag zwischen ungleichen Partnern hat es vor allem die „stärkere“ Seite in der Hand, ob dieser aufrechterhalten wird. Wenn also ein Studierender den Vertrag nicht einhält, wird er einfach aufgelöst – und der Verwaltungsaufwand für Zwangsberatung und -exmatrikulation entfällt. Wie praktisch!

Dem Einzelnen wird jedoch suggeriert, er habe „mitgesprochen“ beim Abschluss „seines“ Vertrages und die Universität würde sich nach seinen Wünschen richten. Dabei habe er als „gleichberechtigter“ Vertragspartner die Möglichkeit, über Studieninhalte und -bedingungen „selbst“ zu bestimmen. Ganz nach der Ideologie des „freien“ Individuums auf dem Markt und der gesellschaftlichen Praxis der Konkurrenz aller gegen alle soll er annehmen, dass seine Nachfrage das Angebot der Universität bestimme. Die Studierenden sollen sich in der Position von „Auftraggebern“ se-

hen – und dabei das Gegenteil dessen tun, was ihnen suggeriert wird: Sie sollen sich unterordnen und brav die Aufträge ausführen, die ihnen vorgeschrieben werden (schnell und effizient studieren). Dieser Zwang wird geschickt als Freiheit ausgegeben.

Wer hat einen Studienplatz? Wer hat den besten Vertrag? Wer schafft einen Studienabschluss? Wenn ein Studierender seinen Teil der Vertrages nicht einhält, er „zu lange braucht“ oder „ungenügende Leistungen“ erbringt, dann hat er eben aufgrund von individueller Unzulänglichkeit versagt, sein Vertrag wird aufgelöst, er ist exmatrikuliert. So wird über die „Natur“ des Marktes eine strenge soziale und ideologische Selektion vorgenommen – nur wer sich marktkonform unterordnet, darf studieren. Und selbst diese Marktkonformität soll noch vertraglich reguliert werden.

Auszug aus Flugblatt: Links, Offene AusländerInnenliste Linke Liste und andere Aktive, Hamburg

Einladung zum bundesweiten
Vorbereitungstreffen 26.-28.11.99 der

Innen!Stadt!Aktion! 2000 in Hannover

Im Jahr 2000 findet in Hannover die Expo statt - ein Schauspiel für die Reichen und Mächtigen. Durch die *Innen!Stadt!Aktions!Tage* wollen wir etwas gegen diese schöne neue Expo-Welt setzen. Ziel sollte es sein, bundesweite Aktionstage auf die Beine zu stellen, nach dem Motto "Expo 2000 - nicht ohne uns - Verdammte aller Metropolen, vereinigt Euch!". Während der EXPO wird 5 Monate lang in der Innenstadt ein Ausnahmezustand herrschen. Angedeutet hat sich eine solche Situation schon während des ATP-Turniers. Die Stadt war leergefegt, Punks, Obdachlose und andere "unerwünschte Personengruppen" waren für das Auge der BesucherInnen unsichtbar, es gab Razzien zB im Café Connection (Anlaufpunkt für Junks) ... Diese Zustände werden während der Expo verschärft auftreten. ... Von einem kompletten Versammlungs- und Demonstrationsverbot in der Innenstadt während der EXPO ist laut einer Verwaltungsdrucksache auszugehen. Es werden sogar extra Knäste, für die "anzunehmende höhere Kriminalität" gebaut. Die massiven Versuche, die Anti-Expo-Bewegung zu kriminalisieren, nehmen stetig zu. Die Innenstadt selbst stellt so als Exponat vor, was nach Vorstellung der neuen Weltordnung in repräsentativen Zonen der Stadt passieren soll. Aber so einfach werden wir ihnen es nicht machen, deshalb werden wir die Innen!Stadt!Aktions!tage 2000 der "Neuen Unordnung" widmen.

Hier ist schon mal ein ungefährer Ablauf des Wochenendes:

Freitag, 26. 11. 99 Anreise ab 17 Uhr in das UJZ Kornstraße Vorstellungsrunde, Film und Berichte aus den Städten

Samstag, 27. 11. 99 Frühstück ab 10 Uhr Planung des ISAT 2000: dezentral?, bundesweit?, zentral in Hannover? Bislang angedacht und auch schon heftigst geplant: Vom 27.05.2000 bis zum 4. 6. 2000 soll eine Aktionswoche stattfinden. Sie beginnt mit einer Groß-Demo mit internationaler Beteiligung, als Auftakt zu der am 1. Juni beginnenden Weltausstellung. Während der Woche gibt es ein internationales Widerstandscamp, zum Wochenabschluß finden die Innen!Stadt!Aktions!Tage statt. Diskussion über Expo, Innere Sicherheit usw. Vokü!!!

Sonntag, 28. 11. 99 Frühstück ab 10 Uhr bundesweiter Aufruf, Presse, AG-Bildung, Organisation des nächsten bundesweiten Treffens.

Bitte meldet Euch, wenn ihr wißt wann und mit wieviel Leuten ihr anreist, bis zum 15. 11. 1999 bei uns zurück, damit wir besser planen können.

Innenstadtgruppe Hannover c/o AStA der UNI Hannover Welfengarten 1 30167 Hannover Tel. :0511-7625061 Fax: 0511-717441



Kriegsvorbereitung konkret:

Bundeswehr will Zugriff auf zivile Krankenhäuser

Am 22. April – mitten im Krieg gegen Jugoslawien – verabschiedeten das Bundesverteidigungsministerium und die Deutsche Krankenhausgesellschaft weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit eine „Gemeinsame Erklärung zur zivil-militärischen Zusammenarbeit“ sowie einen „Mustervertrag über die Grundsätze einer solchen Zusammenarbeit zwischen einem zivilen Krankenhaus und einer Reservelazarettgruppe der Bundeswehr“. (Veröffentlicht u.a. in BWKG Mitteilung Nr. 180/1999)

Vorausgegangen waren viele Anschreiben zuständiger Wehrbereichskommandos an zivile Krankenhäuser, in denen die Bundeswehr ihren dringenden Wunsch nach „Rahmenverträgen“ mit den Häusern angemeldet hat. Hauptziel der nunmehr geschlossenen Vereinbarung ist der Zugriff der Bundeswehr auf das Potenzial der größten zivilen Krankenhäuser. Dies sowohl im „Falle der Landes- und Bündnisverteidigung“, sprich Krieg, als auch „schon in Friedenszeiten“. Jeweils „ein oder mehrere leistungsstarke Krankenhäuser“ sollen zu diesem Zweck an eine der 56 Reservelazarettgruppen der Bundeswehr, davon acht in Baden-Württemberg, vertraglich gebunden werden.

Keinen Hehl aus den Absichten der Bundeswehr macht Generaloberstabsarzt Dr. Demmer, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr. Unter der Schlagzeile „Zivile Partnerkrankenhäuser verstärken die medizinische Qualität und Leistungsfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ schreibt er in der Fachzeitschrift „das Krankenhaus“ Nr. 6/99: „Nach einer Mobilmachung soll ziviles und militärisches Krankenhauspersonal gemeinsam für eine klinische Versorgung genutzt und nicht mehr zwischen Soldaten und Zivilpatienten unterschieden werden.“ Der Sanitätsdienst der Bundeswehr, so Demmer, solle zukünftig „dem Qualitätsstandard des zivilen medizinischen Bereichs entsprechen“. Was folglich seither nicht der Fall war.

Warum das der Bundeswehr erst heute Kopfzerbrechen bereitet, wird deutlich, wenn sich Demmer zur Begründung ausdrücklich auf die „Fachliche Leitlinie zur sanitätsdienstlichen Versorgung von Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz“ von 1995 beruft. Galt nämlich bis 1997 das „Konzept einer eigenständigen, hauptsächlich mit Sanitätspersonal der Reserve aus dem zivilen Gesund-

heitswesen betriebenen militärischen Reservelazarettorganisation“, so beruht die heutige Grundausrichtung nach Demmer „auf dem Gedanken einer engeren zivil-militärischen Zusammenarbeit.“

Vorbereitung auf neue Kriege mit vielen Opfern

Es geht also um nicht weniger als den Übergang von einem relativ eigenständigen militärischen Sanitätsdienst, der die Bundeswehrrführung heute offenbar nicht mehr zufriedenstellt, zu einem direkten Zugriff der Bundeswehr auf das qualifizierte personelle und technische Potential der zivilen Krankenhäuser. Man ist auf der Hardthöhe zu der Einschätzung gelangt, dass der Sanitätsdienst der Bundeswehr mit seinen 26000 aktiven Soldaten und 6600 zivilen Mitarbeitern für weltweite Kriegseinsätze gemäß der neuen NATO-Strategie nicht tauglich ist. Das kann nur heißen, dass man zukünftig mit einer wesentlich größeren Zahl an Schwerverletzten und Behandlungsbedürftigen als Folge kriegerischer Handlungen der Bundeswehr rechnet als seither. Mehr noch: Der vertraglich vereinbarte Zugriff der Bundeswehr auf die Kapazitäten des zivilen Gesundheitswesens würde keinen Sinn machen, wenn sich das Bundesverteidigungsministerium nicht ernsthaft und zielstrebig auf neue Kriege einstellen und diese vorbereiten würde.

Schwierige Finanzlage der Krankenhäuser geschickt ausgenutzt

Dabei wird die schwierige finanzielle Situation der Krankenhäuser geschickt ausgenutzt. Ein Teil der von der Bundeswehr bekanntlich in unterirdischen Geisterkliniken eingemotteten technischen Geräte und sonstiger Nichtverbrauchs-güter soll den zivilen Krankenhäusern zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Welcher Krankenhausdirektor würde sich danach nicht die Finger lecken? Zumal er gleichzeitig auf ein wenigstens zeitweises Übertünchen so manches groben personellen Missstandes hoffen kann. Denn die Bundeswehr stellt dem kooperationswilligen Krankenhaus Sanitätsoffiziere (=Ärzte) und -soldaten (=Pfleger) zum Zwecke der Aus-, Fort und Weiterbildung zur Verfügung, ohne dass die Klinik dafür in die Tasche greifen

muss. Dass diese vorgeblich keine unbesetzten Stellen vertreten sollen, ist nichts als eine Schaufenstererklärung, deren praktischen Wert jedeR Krankenhausbeschäftigte aus eigener Erfahrung mit Zivis, PraktikantInnen und Auszubildenden der verschiedensten Art einzuschätzen vermag. Zudem wird dem „Partnerkrankenhaus“ zugesichert, dass sein Personal von einer Mobilmachung ausgenommen wird. Die Beschäftigten werden damit geködert, dass sie keine Angst davor haben brauchen, in den Krieg ziehen zu müssen. Das ist auch notwendig, denn sie werden dringend an der Heimatfront zur Versorgung der zu erwartenden Kriegsoffer gebraucht werden.

Im Abschnitt „Landes- und Bündnisverteidigung“ des Mustervertrages heißt es dazu: „Grundsätzlich bleibt das Krankenhaus im Falle der Mobilmachung durch Belassen des dortigen Personals in vollem Umfang funktionsfähig und wird mit Personal und Material der Reserve-lazarettgruppe verstärkt. Dabei soll im Regelfall die anspruchsvolle Diagnostik und Therapie in der vorhandenen zivilen Infrastruktur, die Pflege und Rekonvaleszenz in den überwiegend in Kasernen stationierten Reserve-lazaretten erfolgen.“

Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen!

Keine Partnerverträge mit der Bundeswehr!

Der beabsichtigte Zugriff der Bundeswehr auf die zivilen Krankenhäuser bedeutet eine völlig neue Stufe der Vernetzung des zivilen Gesundheitswesens mit dem Militär. Wer sich nicht auf größere kriegerische Auseinandersetzungen mit einer hohen Zahl an Opfern vorbereitet, braucht eine solche Vernetzung nicht. Der Vorgang zeigt anschaulich, dass die politische Verantwortlichen systematisch die deutsche Kriegsführungsfähigkeit weiterentwickeln.

Krieg darf aber auf keinen Fall mehr zum Mittel der Politik werden. Wer zu militärischen Mitteln greift, vergrößert nur das Leid der Menschen und verschärft die Probleme. Das hat zuletzt der Angriffskrieg gegen Jugoslawien gezeigt. Auf Dauer Frieden schaffen kann nur eine faire und verantwortliche Wirtschaftsordnung, die allen Menschen auf der Erde zugute kommt und eine Politik, die Konflikte frühzeitig entschärft oder erst gar nicht zum Ausbruch kommen lässt.

Die Beschäftigten der Krankenhäuser sollten sich entschieden gegen ihre Verplanung für den Krieg zur Wehr setzen. In allen Krankenhäusern sollte jetzt an die Verwaltungen mit der Frage herangetreten werden, ob die Bundeswehr entsprechende Ansinnen gestellt hat oder ob es bereits Vertragsverhandlungen gibt. Verhindern wir die Vernetzung mit dem Militär. Setzen wir ein Zeichen für den Frieden. *Lothar Galow-Bergemann*

Kommunale Politik

13 Städte scheitern vorerst

FRANKFURT / BONN. Vor dem Bundesverfassungsgericht sind 13 Kommunen mit dem Versuch gescheitert, das Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts teilweise bis zum 10.8.2000 aussetzen zu lassen. Die Kommunen sehen sich durch das Gesetz in ihrem Recht auf kommunale Selbstverwaltung verletzt. Die Konkurrenz könne durch „Rosinenpicken“ lukrative Tarifkunden und ganze Gewerbegebiete aus dem Kundenkreis der Stadtwerke lösen, wodurch deren wirtschaftliche Grundlage zusammenbreche. Mit ihrem Antrag auf eine einstweilige Anordnung wandten sie sich dagegen, den Bau von Direktleitungen zu den Kunden ermöglichen zu müssen. Diesen Antrag wiesen die Richter ab; sie rügten, dass sich die Kommunen auf „allgemeine Ausführungen“ beschränkt hätten, ohne auf ihre Situation im Einzelfall einzugehen.

Neben der Verfassungsbeschwerde der 13 Städte, die noch nicht entschieden ist, sind gegenwärtig in Karlsruhe noch 2 weitere Verfahren gegen die Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts anhängig. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte noch in ihrer Oppositionszeit zusammen mit Hamburg, Hessen und dem Saarland Normenkontrollklage erhoben. Außerdem hat die Stadt Duisburg das Gericht im Wege der Kommunalverfassungsbeschwerde angerufen.

Der Geist ist aus der Flasche

MÜNCHEN. Zu spät kommt nach Meinung des Bayer. Städtetags die halbherzige Rettungsaktion für Stadtwerke von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller. Die Stadtwerke könnten den Bürgern in ihrem Versorgungsbereich nicht einen Monopol-Strompreis zumuten wollen, während die Bürger aus den Nachbarkommunen ohne eigene Werke sich den günstigsten Stromlieferanten am Markt aussuchen könnten. Der Bayer. Städtetag fordert dagegen: „Die Kraft-Wärme-Koppelung muß durch eine Vorrangregelung wasserdicht abgesichert werden. Z. B. könnte Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung durch Steuerpräferenzen konkurrenzfähig gemacht werden.“

Nur 10 Prozent überleben

HAMBURG. Im Strommarkt werden nach Einschätzung der Mummert + Partner Unternehmensberatung 90 Prozent aller Stadtwerke bis 2003 ihre Selbstständigkeit verlieren. Bis zu diesem Termin müssen nach EU-Recht alle Privatkunden ihren Stromanbieter frei wählen können.

Lokal Energy SCHWERIN. Unter der Marke „lokal energy“ wollen vom 1. Oktober an 13 Stadtwerke aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gemeinsam verbilligten Strom anbieten. Die Marke soll Billigstromanbietern wie yello strom Paroli bieten.



100 Mark für jeden Einwohner

GERSTHOFEN. Bundesweit berichteten die Medien vom Werbecoup des Bürgermeisters Siegfried Deffner (CSU, siehe Bild), knapp 2000 Gersthofener 100 DM aus dem Stadthaushalt zurückzuzahlen. Mit nur einer (Deffners) Stimme Mehrheit hatte der Stadtrat beschlossen, insgesamt 2 von 5 Millionen „Überschuss“ als eine neuartige „Dividende“ auszuschütten, abzuholen im Rathaus. Die Begeisterung vieler war groß, persönlich vom Sparen zu profitieren. Dass Tausende an den 3 Auszahlungstagen persönlich ins Rathaus kamen und es zufrieden wieder verließen, sieht Deffner als großen politischen Gewinn. Aber es gab auch Stimmen, die den Erhalt und den Ausbau einer solidarischen Stadtgemeinschaft wichtig finden. Der Verein „Emmaus Augsburg“ und das Stadtmagazin „gersthofer“ erstellten ein Informationsblatt über die Lage der Flüchtlinge und riefen unter dem Motto „Wir helfen gemeinsam“ zu Spenden auf. Sie verteilten es an alle Haushalte sowie vor den Kirchen und hielten einen Beitrag in der evang. Kirche. Einen Stand vor dem Rathaus lehnte die Stadt ab.

Straßenumbenennung

PINNEBERG. Im Jahre 1984 wurde eine Straße nach dem seit 1955 in Pinneberg lebenden und mittlerweile verstorbenen Autor Erhard Wittek benannt. Eine frühere Pinnebergerin stieß in dem 1933 von Wittek geschriebenen Buch „Durchbruch anno achtzehn“ auf ein Nachwort, in dem der Autor eine Lobeshymne auf Adolf Hitler verfaßte. Sie richtete daraufhin die Anfrage an Bürgermeister Nitt, ob ihm „bekannt sei, dass Erhard Wittek ein fanatischer Anhänger des Nationalsozialismus und Adolf Hitlers war?“ Der Stadtentwicklungsausschuß beriet das Thema und beschloss, die Anwohner über den Sachstand zu informieren und zu einer Umbenennung zu befragen. Für Wirbel dürfte die Aussage der in Pinneberg lebenden Witwe des Autors sorgen, Verfolgte des Nazi-Regimes hätten Anfang der 80er Jahre davor gewarnt, eine Straße nach ihrem Mann zu benennen. Die damalige Ratsversammlung setzte sich aber über diese Bedenken hinweg.

Zusammenstellung: baf

Die Parteien und die ostdeutschen Wähler

„Die meisten Kommunisten werden zur Wahl gehen und die SED-Nachfolgepartei PDS wählen“, so zu lesen in einem Faltblatt der Berliner CDU, das die Wähler mobilisieren soll, schon vor dem 10. Oktober zu wählen und die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen. Die CDU will so erreichen, dass potenzielle CDU-Wähler nicht verloren gehen. In den Parteizentralen der CDU und SPD in Berlin weiß man, was die Stunde geschlagen hat. Die PDS kann auch in Berlin zur zweitstärksten Partei werden, wenn, wie in den vorangegangenen Wahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, die SPD weiter an Stimmen verliert. Geht Gysi auf Wahlkampftour nach Westberlin, wird das fast als Frechheit empfunden, wenn er sich auf dem Breitscheidplatz vor der Gedächtniskirche und dem Europa-Center den Wählern präsentiert. Ein Vorstoß in den Westen, der Tabus bricht und das ohnehin schon kriselnde Weltbild mancher Leute weiter ins Wanken bringt. Wie können es die „Kommunisten“ wagen, wie kann es die Nachfolgepartei der SED, die PDS, wagen, nach Wählerstimmen im Westen zu suchen? „Bleibe bloß im Osten!“ ruft mancher erbitterte Westler, der den Osis ob so viel Undankbarkeit, die PDS zu wählen, gram ist, Gysi und seinem Wahlkampfteam zu.

Der Ton gegen die PDS wird rundum schärfer. Biedenkopf in Sachsen verlangt von der SPD, dass sie ihr Verhältnis zur PDS klärt. Der einstige SPD-Chef in Sachsen, Kunckel, fuhr vor der Sachsenwahl einen scharfen Anti-PDS-Kurs. Musste er nicht dafür seinen Hut nehmen und abdanken? In Magdeburg betreibt der Innenminister Püchel Obstruktionspolitik gegen die PDS, in dem er seine Vorstellungen über ein neues Polizeigesetz jetzt in die Öffentlichkeit bringt. In dem Gesetz sollen „weitere Eingriffsbefugnisse der Polizei in die grundgesetzlich geschützten Freiheitsrechte“ vorgesehen sein. Püchel weiß, dass das die PDS ablehnen wird, zielt aber genau in diese Richtung: Bruch mit der PDS. Und Wolfgang Schäuble gibt den Grundtenor vor: Niemand könne Freude darüber empfinden, dass die PDS nun vor der SPD liege.

Nun denn, wir wissen jetzt, worum es geht: Die PDS-Erfolge haben alle offenen und potentiellen Gegner der PDS aufgeschreckt und sie werden sich gemeinsam darum bemühen, das weitere Vorankommen mit allen Mitteln zu stören, es zu verhindern suchen.

Dabei ist es doch zu allererst nicht einmal die PDS, die an ihren Erfolgen schuld ist. Ist es nicht vielmehr die Politik jener Parteien der Bundesrepublik, die an der Macht waren und jetzt sind, die die Menschen gegen sich aufbringt? Wie kann man die PDS einer populistischen Politik bezichtigen, wenn sie nichts weiter tut, als den aufkommenden Unwillen und die Ablehnung dieser Politik zu artikulieren.

Nehmen wir Thüringen. In der Woche nach der Landtagswahl wurde öffentlich, dass das zur modernsten Textildruckerei ausgebaute Geraer Unternehmen Modedruck GmbH keine Zukunft mehr hat. Die Mehrzahl der Beschäftigten wurde gekündigt, die modernen Anlagen sollen verkauft werden. Eine Kreditsperre, die vom Wirtschaftsminister Schuster (CDU) verhängt wurde, raubte dem Unternehmen – trotz voller Auftragsbücher – alle Möglichkeiten. Gruppen im Hintergrund sind offensichtlich die Drahtzieher dieses Desasters, das ihnen einen lästigen Konkurrenten vom Halse schaffte. Sechzig Menschen gehen in die Arbeitslosigkeit. Warnstreiks der Gewerkschaft HBV in Thüringen richten sich gegen die Absicht von Handelsunternehmen, einen Tarifvertrag durchzusetzen, der die Einkommen vom Westniveau abkoppelt und Billiglohngruppen einführt. Sie richten sich auch gegen die Tendenz, weitere Arbeitsplätze im Einzelhandel abzubauen.

Weitere Beispiele können angereicht werden: Bedroht ist die Suhler Simson Zweirad GmbH, das kurz vor der Liquidation stand. Entlassungen sind auch im Renomierunternehmen des Herrn Lothar Späth, bei der Jenaoptik, angekündigt. Das Unternehmen soll weiter „umgebaut“ und von 1.100 Beschäftigten auf 950 reduziert werden. Wer den Kampf der Bischofferoder Kalikumpel noch im Ohr hat, wird sich erinnern, dass Auffangbetriebe geschaffen werden sollten. Ein solches Unternehmen, die Schwinge Fahrzeugbau GmbH, hat Anfang August Konkurs angemeldet. CDU-Ministerpräsident Vogel, der Wahlsieger von Thüringen, hat sein Versprechen, 1.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen nicht eingelöst. Kaum 10% davon wurden realisiert.

Blaue Briefe auch anders wo. So, z.B., in Rostock bei der Hydro Agri Düngemittelfabrik, die in der letzten Zeit 1.500 Arbeiter entließ. Beispiel Alcatel Berlin: Das ehemalige Kabelwerk Oberspree, von einer französischen Gruppe übernommen, soll geschlossen und die Produktion nach Frankreich verlagert werden. 150 Arbeiter würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Belegschaft beschloß die Betriebsbesetzung und zog vors Rote Rathaus und forderte „Diepgen vor die Tür!“.

Tagtäglich erleben Menschen im Osten, dass die von der regierenden Parteien ausgegebenen Lösungen Schall und Rauch sind. Soziale Unsicherheit, Arbeitsplatzverlust und vage Zukunftsaussichten bleiben beständige Weggefährten. Nach den ersten Wellen der Arbeitslosigkeit kommt die Zeit, da billig erworbene Unternehmen abgestoßen, veräußert oder dem Konkurs überlassen werden. Alles auf Kosten der Menschen, die dort arbeiten. Gestandene Großmäuler nennen es jammern, was die Osis dann von sich geben. Nach Lesart mancher Politiker ist es undankbar, wenn der ostdeutsche Arbeitslose evt. PDS wählt. Richtiger ist sicher, dass die westdeutsche Elite die Welt mit ihrem Maß mißt und interpretiert. Das Erstaunliche ist eher die Unfähigkeit dieser Eliten, zu lernen

und über die wahren Gründe einer solchen Entwicklung im Wählerverhalten der Ostdeutschen nachzudenken. Ja, selbst das Wahlverhalten vieler Westdeutscher sollte ihnen dazu Veranlassung geben, s. NRW!

Dem ostdeutschen Wähler wird untergeschoben, er habe keine gefestigten politischen Grundüberzeugungen, ihm sei die Handhabung der Demokratie nach den Jahren DDR noch fremd. Drückt sich in einer solchen Interpretation neben Unverständnis nicht ebenfalls eine gehörige Portion Arroganz aus? Im *Neuen Deutschland* meldete sich ein Leser zu Wort, der sich zum Angriffskrieg in Jugoslawien äußerte: „Ihre Opposition gegen den Angriffskrieg in Jugoslawien und die von der Mehrheit im Bundestag getragene außenpolitische Strategie hat der PDS Sympathien eingetragen ... Es hat mich nicht sehr gewundert, dass keiner der führenden Politiker nach der Wahl in Sachsen auch nur ein Wort jenen auf der Hand liegende Faktor erwähnt hat.“ Erinnerung sind Umfrageergebnisse aus der Zeit der Aggression. Offensichtlich ist mancher Wähler im Osten nicht so vergeblich wie mancher Politiker. Der Krieg und die Haltung der SPD dazu sind noch in guter Erinnerung. Grundüberzeugungen wurden ausgedrückt, als Wähler sich von der SPD abwandten, um damit ihre ablehnende Haltung gegenüber Kriegspolitik zu demonstrieren. Grundüberzeugungen sind bei einem Teil der ostdeutschen Wähler Basis politischer Überlegter Entscheidungen. Es ist mehr die Besinnung auf sich selbst und der Versuch, sich in dieser krisenhaften Gesellschaft besser zu orientieren. Das zur Kenntnis zu nehmen heißt, den Wähler, auch den im Osten, ernst zu nehmen und mit ihm zu rechnen. Das ist nicht Unmündigkeit, sondern Ausdruck gewachsener Erfahrungen in einem System, das ihm anderes einreden möchte. Hier kann konstatiert werden: Viele Ostdeutsche lassen sich nicht mehr irre führen, wollen selbständig und selbstbewußt sein. Keineswegs heißt das, dass der Osten durchweg rot denkt und stimmt. Hier haben Differenzierungsprozesse eingesetzt, die keineswegs das Bild des „Ostdeutschen“ ergeben. Auch die ostdeutsche Gesellschaft ist nicht einheitlich. Eher ist feststellbar, dass Menschen, die in der DDR studiert haben und ausgebildet worden, sich an geschichtliche Parallelen erinnern und sehen, wohin diese Gesellschaft steuert.

Denkende Menschen wissen, dass es Alternativen gibt, Alternativen zu der von der Regierungskoalition realisierten Politik des Sozialabbaus, der Militarisierung der Außenpolitik und der steigenden Gewinne der Banken und Großunternehmen. Dieses Denken ist keineswegs nur bei Menschen im Osten vorhanden, die ehemals Mitglieder der SED waren. Es haben sich neue Segmente der Gesellschaft der PDS zugewandt, die sich auch aus den Reihen von neuen Führungskräften, Freiberuflern und Unternehmern rekrutieren. Hier ist ein neues Umfeld im Entstehen. Die PDS muß sich dieser Herausforderung stellen. (abe)

Luxus für die Passagiere – Hungerlöhne für die Besatzung

Unterstützt von ÖTV und DAG protestierten am vergangenen Mittwoch Seeleute anlässlich der Taufe des Luxusliners Europa an der Überseebrücke gegen Lohndumping und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Ausflagung des Schiffes durch die Hapag-Lloyd-Reederei. Die prominenten Gäste, darunter Bürgermeister Runde, Wirtschaftsminister Mirow und Ex-Bürgermeister Voscherau, wurden mit lautstarken Unmutbekundungen und zahlreichen Protestplakaten konfrontiert. – Wir dokumentieren im folgenden eine Information der ÖTV zu dieser Auseinandersetzung. (ulj)

Die Geschichte

MS „Europa“ unter Bahama-Flagge. Das war kein Witz, sondern ein handfester Skandal, als Hapag-Lloyd die alte MS „Europa“ zum 6. April 1998 an die Star Cruises, Malaysia, verkaufte, die das Schiff sofort auf den Bahamas registrierten. Hapag-Lloyd charterte das Schiff zurück, um es bis zur Fertigstellung eines Neubaus weiter zu betreiben.

Vergeblich wehrte sich Hapag-Lloyd gerichtlich gegen die Aussage der DAG, dass aus der Billigflagge Sicherheitsmängel resultieren könnten. Schon zu diesem Zeitpunkt wollte sich Hapag-Lloyd mit der Behauptung, sie hätten keinen Seebetrieb mehr, von allen Besatzungsmitgliedern trennen. In einem Interesseausgleich und Sozialplan wurde dann jedoch die Weiterbeschäftigung der Besatzungsmitglieder bis zum 30.6.99 vereinbart, dies, obwohl die Arbeitnehmervertreter immer und auch zu diesem Zeitpunkt überzeugt waren, dass es sich um einen Betriebsübergang handelt.

Am 30.6.99 machte die alte MS „Europa“ das letzte Mal in Hamburg fest. Alle Besatzungsmitglieder verließen das Schiff, das dann an den neuen Eigentümer übergeben wurde. Für viele war es auch ein Abschied von der Reederei, die erneut darauf hingewiesen hat, dass der Seebetrieb eingestellt sei. Rund 60 Besatzungsmitglieder wehren sich vor Gericht gegen die Auffassung der Reederei.

Bisher sind 22 Klagen – erfolgreich für die Besatzungsmitglieder – entschieden.

Das Gericht hat in den Urteilen festgestellt, dass die Arbeitsverhältnisse durch die Kündigungen nicht beendet wurden und dass die klagenden Besatzungsmitglieder zu unveränderten Arbeitsbedingungen weiterzubeschäftigen sind. Zur Begründung hat das Gericht darauf verwiesen, dass die Rechtsgehalte, wie sie von Hapag-Lloyd vollzogen worden sind, darauf gerichtet waren, die Folgen des § 613a Bürgerliches Gesetzbuch (Betriebsübergang) zu umgehen. Danach hätte nämlich das Geschäft für ein Jahr zu den alten Bedingungen weiterlaufen müssen, d.h. für die Besatzungsmitglieder hätte es keine Verschlechterungen geben dürfen.

Mit Abfindungen, Schikanen und „persönlichen“ Gesprächen hat Hapag-Lloyd es inzwischen erreicht, dass viele Besatzungsmitglieder zu miesen Bedingungen auf der neuen MS „Europa“ fahren werden. Die Auswirkungen in der Sozialversicherung sind dabei nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite bedeutet dies ein Ausbrechen aus den Arbeitnehmerschutzrechten.

Die Arbeitsverträge

Arbeitgeber für den größten Teil der Besatzung ist die zypriotische Firma Columbia Shipmanagement (CSM). Die Heuerhöhe erreicht in vielen Fällen nur Sozialhilfeniveau. Anzuwenden ist zypriotisches Recht, Gerichtsstand ist Limassol. Ein weiterer wesentlicher Nachteil ist, dass Arbeitsverträge nur befristet auf sechs Monate ausgestellt werden. Die Arbeitnehmer müssen also alle paar Monate neu erscheinen und um eine Anstellung bitten und dabei ihr Arbeitsbedingungen stets neu verhandeln. Sollten in einer Übergangszeit „vernünftige Bedingungen“ vereinbart werden, so ist nicht sichergestellt, dass es dabei in Zukunft bleibt. Es liegt einzig und allein in der Hand des Arbeitgebers (CSM), die Bedingungen zu diktieren und über die Wei-

terbeschäftigung zu entscheiden. Die steuerliche Situation der Arbeitnehmer bei einem zypriotischen Arbeitgeber und der Bahama-Flagge ist völlig ungeklärt. In den Arbeitsverträgen wird darauf hingewiesen, dass der Arbeitnehmer dafür selbst verantwortlich sei.

Billige Flagge – von den Seeleuten teuer bezahlt

Wer sein Schiff ausflaggt, will auf Kosten der Seeleute sparen. In der Sozialversicherung müssen dies die Seeleute zum Teil aus eigener Tasche; zum Teil mit einem Verzicht auf Versicherungsschutz bezahlen. Die nachfolgende Gegenüberstellung gibt über die Auswirkungen einer Ausflagung auf den sozialen Versicherungsschutz der Seeleute einen Überblick:

Gesetzlos

Auf einem Schiff mit der Flagge der Bahamas gilt das Recht der Bahamas. Uns unbekanntes Gesetz, deren Einhaltung nicht kontrolliert wird. Folgende Gesetze und Verordnungen finden auf einem Schiff unter Bahamas-Flagge keine Anwendung (es handelt sich nicht um eine umfassende Darstellung, sondern nur um einen Auszug): Grundgesetz • Seemannsgesetz • Schiffsbesatzungsverordnung • Gesetz über Betriebsärzte • Verordnung über die Seediensttauglichkeit • Arbeitszeitgesetz • Mutterschutz und Erziehungsgeld • Bildungsurlaub • Verordnung über die Krankenfürsorge • Verordnung über Trinkwasser • Verordnung über die Unterbringung von Besatzungsmitgliedern • Kündigungsschutzgesetz • Betriebsverfassungsgesetz • Wachdienstvorschriften • Arbeitsförderungsgesetz

Die Sicherheit

Offen-Register-Länder, und dazu zählen die Bahamas ohne Zweifel, erlauben die Registrierung von Schiffen durch Ausländer ohne besondere Formalitäten und Auflagen. Dieser Länder erheben im Regelfall außer der Registergebühr keine fiskalischen Abgaben. Sie beschränken die Besetzung der Schiffe mit Ausländern nicht und haben keine der Größe der bei ihnen registrierten Flotten entsprechende Administration zur Überwachung der technischen und sozialen Standards der Schiffe. Da eine echte Verbindung zwischen Schiff und Flaggenstaat fehlt, findet Offen-Register-Schiffahrt außerhalb jeder Registrierungskontrolle statt. Auf einem Schiff unter Bahamas-Flagge gelten uns unbekanntes Gesetz, deren Einhaltung nicht kontrolliert wird. Diese Rahmenbedingungen werden zu einem Sicherheitsverlust führen, denn wir haben bisher immer erfahren müssen, dass Vorschriften, die nicht kontrolliert werden, keine Wirkung entfalten.

Deutsche Flagge

Unfallversicherung Durch den Arbeitgeber bei der See-Berufsgenossenschaft. Alle Leistungen, wie Unfallrente, Hinterbliebenen- und Waisenrente, Berufskrankheiten usw., ohne Höchstbegrenzung.

Rentenversicherung Bei der Seekasse mit allen Rechten und Pflichten. Der Arbeitgeber zahlt den halben Beitrag.

Seemannskasse Bei der Seemannskasse mit allen Rechten u. Pflichten. Der Arbeitgeber zahlt fünf, der Arbeitnehmer drei Prozent.

Krankenversicher. Bei der See-Krankenkasse pflichtversichert. Der Arbeitgeber zahlt den halben Beitrag. Krankenfürsorge im Ausland durch das Seemannsgesetz.

Pflegeversicherung An die Krankenkasse angehängt.

Arbeitslosenvers. Pflichtversichert mit dem Anspruch auf alle Leistungen des SGB III

Billig-Flagge

- Meistens bei einer Versicherung in London. Keine Sicherheit, dass die Versicherungsprämien bezahlt sind. Grosse Schwierigkeiten, im Schadensfall Leistungen durchzusetzen. Meistens eine Höchstbegrenzung pro Schadensfall auf eine Million Mark
- Nur freiwillige Versicherung möglich. Nachteile bei BU- und EU-Rente. Der Versicherte muss den gesamten Beitrag selbst zahlen.
- Freiwillige Versicherung ist nicht möglich.

- Bei der See-Krankenkasse freiwillig versichert. Der Versicherte muss den gesamten Beitrag selbst bezahlen. Krankenfürsorge im Ausland eventuell vom Arbeitgeber geregelt, beim P&I-Club versichert.
- An die Krankenkasse angehängt. Kein Unterschied.

- Bei der See-Krankenkasse freiwillig versichert. Der Versicherte muss den gesamten Beitrag selbst bezahlen. Krankenfürsorge im Ausland eventuell vom Arbeitgeber geregelt, beim P&I-Club versichert.
- An die Krankenkasse angehängt. Kein Unterschied.

- Freiwillige Versicherung ist nicht möglich

Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit umstritten. – HB, Donnerstag,

16.9.1999. – Der Zentralverband des Deutschen Handwerkes und die BDA vertreten, das Sofortprogramm gehe an den wahren Problemen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für Jugendliche vorbei. Von mehr als 170 000 Jugendlichen, die nach Angaben Riesters an Maßnahmen des Programms teilgenommen haben, hätten nur 8 500 tatsächlich Arbeit, lediglich 1 700 einen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden. 55000 Jugendliche, die von den Arbeitsämtern zur Teilnahme an dem Programm angesprochen worden seien, seien erst gar nicht angetreten. Die Bundesregierung solle gemeinsam mit der Wirtschaft ihr Jugendsofortprogramm durchforsten, um die Effizienz zu steigern.

Tarifvertrag unbefristet verlängert - Warnstreiks bei Daimler-Chrysler in den USA. – Daimler-Chrysler-

Vorstandschef B. Eaton zeigte sich am Rande der IAA in Frankfurt zuversichtlich, dass die Tarifverhandlungen ohne weitere Arbeitsunterbrechungen fortgesetzt werden können. In den bestreikten Werken werde wieder gearbeitet. Neben größerer Arbeitsplatzsicherheit und höheren Löhnen und Pensionen fordert die amerikanische Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW) Unterstützung von Daimler-Chrysler beim Versuch, eine Gewerkschaft im Mercedes-Werk in Alabama und Werken der LKW-Tochter Freightliner zu installieren.

IfW für Lohndifferenzierung im Osten. – HB, Dienstag, 21.9.1999. –

Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel (IfW), das eine Bilanz über „10 Jahre nach der Mauer“ aufstellt, fordert eine stärkere Lohndifferenzierung und den Abbau von Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Seit der Wende seien knapp 40 % aller Arbeitsplätze im Osten verloren gegangen. Zum Teil sei dies zwangsläufige Folge der versteckten Arbeitslosigkeit in der DDR gewesen, in viel stärkerem Maß aber auf die rasche Lohnanpassung in den ersten Jahren zurückzuführen.

BdI und BdA: Anstatt „Rente mit 60“ - kapitalgedeckte individuelle Altersvorsorge. – HB, Dienstag, 21.9.1999. –

„Schlicht und einfach nicht zu bezahlen, schon gar nicht über Tariffonds“ sei die Rente mit 60, so die Präsidenten von BdA und BdI, Hundt und Henkel. Stattdessen plädieren sie für den „solidarisch getragenen betrieblichen Generationenvertrag“ auf tarifvertraglicher Ebene.

Presseauswertung: rst

Diskussion bei der IG Metall München

Jede/r bestimmt selber über seine Arbeitszeit und arbeitet immer länger!

Die Münchner IG Metall führte am 16. September unter dem Motto „Meine Zeit ist mein Leben! Neue betriebspolitische Erfahrungen zur Arbeitszeit“ eine ganz interessante Veranstaltung mit Klaus Peters, einem gewerkschaftlich orientierten Philosophen durch.

Einleitend sprach IG-Metall-Sekretär Mathias Sommerfeld über die in vielen Betrieben anzutreffende Situation. Die 35-Stundenwoche sei praktisch im Angestelltenbereich nicht durchgesetzt. In fast allen Betrieben sei die 13%-Quote für die nach Tarifvertrag mögliche Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit für einzelne Angestellte überschritten, Gleitzeitkonten laufen über bzw. Stunden über einer Obergrenze verfallen. Ausstempeln am Arbeitsende und dann wieder an den Arbeitsplatz zurück sei heute keine Seltenheit mehr.

In dieser veränderten Situation würden Firmen nun dazu übergehen, sogar die Zeiterfassung – im landläufigen Sinne ein Instrument zur Kontrolle der Ar-

beitszeit – abzuschaffen, ohne befürchten zu müssen, daß dann die Arbeitszeit von den einzelnen Beschäftigten im großen Maßstab verringert werden würde. Der Referent stellte in den Mittelpunkt seines Vortrages die Frage, weshalb Arbeitgeber insbesondere in der IT-Branche – also einem Bereich mit einem sehr hohen Anteil von hoch qualifizierten Angestellten – ein Interesse an der Abschaffung der Zeiterfassung entwickelt und diese wie das Beispiel IBM zeigt auch tatsächlich beseitigt haben. Um eine Antwort auf diesen – im ersten Augenblick – eher unverständlichen Vorgang zu erhalten, streifte Peters die Funktion der Stempeluhr als Kontrollinstrument der Arbeitgeberseite und in der weiteren Entwicklung als Instrument der Arbeitnehmerseite, diese Zeiterfassung auch zur Zustimmung bzw. Verweigerung von Überstunden zu nutzen und die Notwendigkeit von Einstellungen nachzuweisen, wenn Arbeitszeitkonten in bestimmten Bereichen besonders angehäuft sind. Die Beobachtung

Wirtschaftsforum der Sozialdemokratie in München

Diskussion um Fusionen, Big, Quick

In der Woche vor der VIAG-VEBA Fusion lud das Wirtschaftsforum der Sozialdemokratie in München zum Gespräch ein. Podiumsgäste waren Dr. Ernst Böhm, mittelständischer Unternehmer, Stefan Goetzl, „Haupt-GF“ des Verbandes der bayer. Metall- und Elektroindustrie und des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft, Michael Wendl, Aufsichtsratsmitglied der Bayernwerke und Vorsitzender der ÖTV Bayern, die Moderation hatte Norbert Sturm von der „Süddeutschen Zeitung“.

Zur anstehenden Großfusion: Sie sei verursacht durch Überkapazitäten auf dem Strommarkt von dreissig bis vierzig Prozent. Der harte Preiskampf auf dem Stromsektor beruhe darauf, dass die laufenden AKWs zu immer größeren Prozentsätzen abgeschrieben seien. Strom sei für ca. sechs Pfennig/kwh darstellbar. Aus der Ukraine und Russland gebe es Angebote für wenig mehr als zwei Pfennig/kwh. Auf dem Energiesektor ziele die VIAG-VEBA Fusion darauf, anlässlich der enormen Überkapazitäten unvermeidliche Kapitalvernichtungen durch Ausdehnung ihrer Marktanteile abzufangen. Ohne jeden Zweifel würden dabei nicht nur in der ganzen Branche, sondern auch bei den fusionierenden Arbeitsplätze in erheblichem Umfang wegfallen.

Die Befürchtung des Publikums, daß bei Fusionen eigentlich immer der Wegfall von Arbeitsplätzen Begleiterscheinung,

wenn nicht sogar treibendes Motiv sei, antwortete die Unternehmerseite des Podiums: Ohne Fusionen zur rechten Zeit könnten noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen. Beispiel der einst blühende und jetzt untergegangene Landmaschinenbau in Niederbayern. Im Windschatten erfolgreicher Großer könnten auch mittelständische Unternehmen aufkommen. Ein Beispiel, so Mittelständler Dr. Böhm, biete seine weltweit, in allen Klimazonen operierende Dachdeckerei, für die immer irgendwo Sommer sei. Ein anderer Fakt sei, daß der Rückzug auf Kerngeschäft, der bei Fusionen oft zu beobachten sei, dem Mittelstand in den abgestossenen Randreichen Chancen biete. Fusionen seien allerdings kein Selbstzweck. Wichtiger sei es, die Chancen, die sich auf verschiedensten Märkten böten schnell zu realisieren. Die Antwort auf die Frage des Abends "Big is beautiful" laute "Quick is beautiful".

Die Unternehmerseite des Podiums strengte sich wirklich gewaltig an, um die Skepsis des sozialdemokratischen Publikums zu überwinden. Ihre Idee: Unter der Führung schlagkräftiger Großunternehmen dehnt der flexible Mittelstand seinen Operationsbereich auf weltweite Märkte aus. Davon wird Deutschland (erfolg)reich.

Die sozialdemokratische Seite bezweifelte, daß die Arbeitsplatzverluste in der großen Industrie und bei den Konzernen durch Beschäftigungszugewinne

der betrieblichen Wirklichkeit zeige aber, daß dieses Kontrollinstrument der Arbeitnehmerseite zunehmend versage, weil die Millionenzahl registrierter Überstunden nur noch einen Teil der tatsächlichen Mehrarbeit wiedergebe und das – an der Zeiterfassung vorbei geleistete Arbeitsvolumen – immer weiter in die Höhe schnelle. Hier zeigen sich schon Umriss des Arbeitnehmers der Zukunft, der nicht durch Anordnung eines Chefs die Arbeitszeit überschreitet, sondern von sich aus. Die neuen Managementformen wollen den Willen des einzelnen Arbeitnehmers nicht mehr unterordnen unter den Willen eines anderen (Vorgesetzten, Chefs usw.), sondern dieser Wille soll instrumentalisiert werden für die Steigerung der Produktivität des Unternehmens. Zugespitzt bringt Peters diese neue Managementmethode so auf den Punkt: In Zukunft sollen die Arbeitnehmer nicht mehr tun, was ihnen ihre Chefs sagen, sondern man



funktioniert, wird genau dadurch, also dadurch, daß die Beschäftigten tun, was sie selber wollen, das erreicht, was die Unternehmensführung will. Als politische Konsequenz hält Peters für notwendig, daß Schutzvorschriften und Regelungen politisch neu fundiert werden müssen. Eine vertragliche Arbeitszeitverkürzung, die von den Arbeitnehmern selbst unterlaufen werde, hänge politisch in der Luft und trage den Keim einer gefährlichen Entfremdung in sich, die der Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht an den Lebensnerv gehe. (dil)

Literaturhinweis: Klaus Peters: die neue Autonomie in der Arbeit; Hgg. Vom DGB/Bundesvorstand

gibt ihnen die Möglichkeit, selbständig zu reagieren, auf das, was die Unternehmensführung tut. Das Management bestimmt, worauf die Arbeitnehmer reagieren müssen, aber wie sie reagieren, was sie tun, bestimmen sie selbst, und wenn die indirekte Steuerung

mittelständischer Unternehmen aufzufangen wären.

Der Moderator von der „Süddeutschen Zeitung“ versuchte immer wieder, die Diskussion auf die Unterscheidung von guten, auf Verbesserung der Produktivität abzielenden Fusionen und schädlichen Abzockereien hinzuführen.

Ein Fazit gab es nicht. Es blieben viele Fragen im Raum stehen. Ob es reell sei, die Energieproduzenten ihren Fusionskrieg mit dem Extraprofit aus den abgeschriebenen Kraftwerken führen zu lassen, der Preisverfall lege die Entwicklung von Alternativen still und lasse die langfristig anstehenden Entsorgungskosten außer Betracht. Dass es nicht richtig sei, so völlig verschiedene Wirtschaftssubjekte wie Scheinselbständige und 200 Millionen DM Jahresumsatz Unternehmer unter Mittelstand zu fassen. Daß – wie auch die Wirtschaftsseite nicht bestritt – die größere Zahl der Fusionen schief gehe und was dann? Ob es überhaupt richtig sei, ein oder zwei Leuten Verantwortung für einen so großen Teil des gesellschaftlichen Reichtums zu

Großdemonstration gegen Billigstrom

Mehrere zehntausend Beschäftigte aus kommunalen Energie- und Verkehrsunternehmen der Bundesrepublik haben am 27.9. in Berlin gegen Billigstrom-Importe demonstriert (vgl. auch PB 19/99). Nach Angaben der ÖTV sind seit Beginn des ruinösen Wettbewerbs bereits rund 50.000 Stellen abgebaut worden, weitere 40.000 sind in Gefahr. Die Berliner ÖTV-Vorsitzende kritisierte, dass aufgrund dieses Prozesses weder die Frage, woher der Strom komme, noch die Frage, welche Folgen das habe, gestellt werden. Einzig der Preis zähle, ohne Rücksicht auf die Umwelt. Bundeswirtschaftsminister Müller lehnt Quoten für Strom aus umweltfreundlicher Erzeugung ab. har

Alle sollen das Leitbild des Unternehmers anerkennen. Die Sozialdemokratie hält dagegen, so gut es gehen will mit den zwei verbrauchten Konzepten, der Mitbestimmung, von der sich niemand mehr einen Wandel verspricht, und der Staatswirtschaft, die seit dem Niedergang des Realsozialismus diskreditiert ist. Können Konzeptionen und Erfahrungen kommunalen und genossenschaftlichen Wirtschaftens dem absolut formulierten Geltungsanspruch des Unternehmertums entgegengesetzt werden? Dies wäre eine Auseinandersetzung zwischen daran interessierten Sozialdemokraten, Grünen und Sozialisten wohl wert.

übertragen?

Am Ende stand die Feststellung des ÖTV-Vorsitzenden, daß die Beschäftigungsfrage ohne eine andere Verteilung der Arbeitszeit und ohne von der Öffentlichkeit geförderte Beschäftigungen nicht zu lösen sei. Aber dies, so der Moderator, sei nicht das Thema des Abends.

Obwohl zäh und zerfahren, war die Auseinandersetzung des Abends doch spannend. Das Arbeitgeberlager kämpfte um die ideologische Hegemonie.

maf

19.10.99

Großdemonstration in Berlin gegen das Besoldungsdiktat

Die ÖTV und andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes rufen zu einer Großdemonstration am 19. Oktober in Berlin auf. Anlass ist das Vorhaben der Bundesregierung, die Beamtgehälter für die nächsten zwei Jahre nur um die Preissteigerungsrate zu erhöhen – analog dem Vorhaben bei den Rentnern. Bereits am 14.9.99 haben mehrere hundert Beamte und Beschäftigte gegen diese Pläne demonstriert, jedoch kein Gehör gefunden.

Wir dokumentieren die Resolution des DGB zu dieser Angelegenheit, die er anlässlich der letzten Demonstration beschlossen hat:

"Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erleben wir den Versuch, im Vorgriff auf kommende Tarifrunden die Anpassung der Beamtgehälter für zwei Jahre festzulegen. Unverhohlen werden damit die unterschiedlichen Rechtspositionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dazu genutzt, um das Tarifergebnis zu präjudizieren.

Die Absicht der Bundesregierung, die Anpassung der Dienstbezüge der rund zwei Millionen Beamtinnen und Beamten sowie 800.000 Versorgungsempfänger für die Jahre 2000 und 2001 vorab gesetzlich festzulegen, ist ein Eingriff in die Tarifautonomie und wird von uns abgelehnt.

Dieses Besoldungsdiktat belastet sowohl die kommenden Tarifverhandlungen innerhalb des öffentlichen Dienstes als auch in der privaten Wirtschaft.

Jede Bundesregierung muss sich im Klaren sein, dass die Gewerkschaften allen Ansätzen, staatliche Lohnleitlinien zu erlassen und damit in die Tarifautonomie einzugreifen, energischen Widerstand entgegenzusetzen werden.

Die Absicht der rot-grünen Bundesregierung, die Beamtenbesoldung als Tarifdiktat zu missbrauchen, ist ein Irrweg. Statt Motivation zu fördern, wird Demotivation betrieben.

Natürlich wissen auch die Beschäftigten um die angespannte Lage der öffentlichen Kassen. Doch können nicht immer alle Finanzprobleme auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Wann immer die öffentlichen Haushalte sparen müssen, lauten die Vorschläge der Regierungen: Stellen abbauen, Gehälter kürzen oder Arbeitszeiten verlängern. Dies ist ungerecht und einfalllos.

Wir fordern den Bundesminister des Innern auf, den Gesetzentwurf in den Papierkorb zu werfen. Es gibt keine sachliche Notwendigkeit, schon heute die Besoldung der nächsten zwei Jahre festzulegen."

Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten!

Die Linke Schule, die von der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS seit etlichen Jahren zweimal jährlich durchgeführt wird, befasste sich in diesem Sommer in ihrem Philosophiekurs mit der Fragestellung: Vernunftdenken versus Sittlichkeitsdenken in der Entwicklung des internationalen Rechts. Wir setzten uns dabei mit Texten (Auszügen) von Hobbes (Leviathan), Locke (Über die Regierung), Kant (Zum ewigen Frieden), Vattel (Le Droit des Gens) und Hegel (Grundlinien der Philosophie des Rechts) auseinander. Ein kurzer Bericht ist in den Politischen Berichten 18/99 abgedruckt. Mit dem folgenden Text, der aus dieser Befassung und Diskussion und ihrer Vor- und Nachbereitung entstand, wollen wir einen Beitrag zur programmatischen Debatte der PDS leisten.

Ausgangsbedingung: Nachkriegsordnung schwer beschädigt

Mit dem NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien und seinen Ergebnissen wurden zentrale Bausteine der Nachkriegsordnung schwer beschädigt:

1. Das geltende internationale Recht, das in der Gründung der UNO zum Ausdruck kommt bzw. sich auf die UNO stützt, misst dem Bestandsschutz der souveränen Einzelstaaten großen Wert bei. Es ist tatsächlich Staatenrecht und nicht „Völkerrecht“. Zwar vertrat die UNO in allen anticolonialen Zusammenhängen das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker, aber in allen nicht anticolonialen Zusammenhängen beschränkte sie das Selbstbestimmungsrecht durch die Bewahrung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten. Die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts dürfe nicht zum Zwecke der Auflösung bzw. Zerschlagung des betreffenden Staates bzw. Staatsgebietes missbraucht werden. Die große Bedeutung staatlicher Souveränität im internationalen Recht geht u.a. auf die Erfahrung der „Sudetenkrise“ zurück.

2. Der Begriff der „humanitären Intervention“ („verstanden als militärisches Eingreifen zur Durchsetzung der Menschenrechte“) (Ztschr. ‚Vereinte Nationen‘, 2/98, S. 57) kam im Zusammenhang mit der Politik der Marginalisierung der UNO – verpackt in Bestrebungen zur „Reform der UNO“ – spätestens im Verlaufe der 80er Jahre auf. Die Standard-Fragestellung lautete: „inwieweit nicht

von einem ‚Fortschreiten‘ des Völkerrechts von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen“ zu sprechen sei (‚Vereinte Nationen‘, a.a.O.) Dabei stießen diese Bestrebungen stets auf das in der UN-Charta verbrieftete Recht der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Kriegsziel der NATO gegen Jugoslawien war und ist die Umwälzung der inneren Strukturen Jugoslawiens, seiner Eigentumsverhältnisse und der Lebensweise der jugoslawischen Bevölkerung; er bedeutet die denkbar massivste Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung

3. Das entscheidende Instrument dazu war/ist die NATO. Es muß bereits als fraglich gelten – und wurde im übrigen schon im ihrem Gründungsjahr bestritten –, daß die NATO jemals der Regionalpakt war, auf den der Artikel 51 der UN-Charta (Anerkennung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung) abhebt und auf den Art. 5 des NATO-Vertrages sich bezieht; sie war vielmehr von Anfang an eine transkontinentale Allianz mit globalem Anspruch. Durch die nun auch offizielle Aufgabe der Beschränkung auf Verteidigung jedenfalls wurde der mit der UNO konkurrierende globale Charakter der NATO von der Möglichkeit zur Wirklichkeit. Die mit dem Angriff auf Jugoslawien erprobte neue NATO-Strategie verurteilt die UNO vollends zum Anhängsel.

4. Mit Bedacht hatte die Antihitlerkoalition das Veto-Recht im Sicherheitsrat in die UN-Charta eingeführt: Es beinhaltet den Zwang zur Konsensbildung und beruhte auf ihren Erfahrungen, dass stets ein Kompromiss gefunden werden muss, in dem sich die jeweiligen Minderheitenpositionen ausreichend berücksichtigt finden konnten. Jenseits der unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen bestand im Sicherheitsrat für die Hauptvertreter der jeweiligen Lager stets der Zwang, sich mit der konträren Position zu befassen. Damit ergab sich ständig neu der Zwang, zu einem Ausgleich mit dem Widerpart zu kommen. Diese Verpflichtung hat die NATO gebrochen, indem sie sich selbst zum Krieg ermächtigte, da sie ein UNO-Mandat nicht durchsetzen konnte.

Zur philosophischen Grundlegung der Prinzipien des internationalen Rechts

Die modernen bürgerlichen Nationalstaaten entstanden in Europa in engem, unlösbarem Zusammenhang mit der Herausbildung selbstzentrierter (dabei

offener), integrierter Wirtschaftsräume. Die kapitalistischen Märkte (Waren-, Kapital-, Arbeitsmarkt) bildeten sich in Räumen heraus, die mit den Räumen der sozialen und politischen Verwaltung übereinstimmten und durch nationale Souveränität definiert waren.

Dieser Zusammenhang schlägt sich im 17. und 18. Jahrhundert in der philosophischen Grundlegung der Prinzipien des internationalen Rechts nieder, wie sie weitgehend bis heute noch Geltung haben (wenn auch ihre Umwälzung im Gange ist). In den Begründungen der philosophischen Richtungen des Rationalismus fand der moderne Nationalstaat seine Legitimation wesentlich im Schutz und in der Erhaltung des Eigentums nach innen wie außen. Damit vollzog sich eine in der Sache grundlegende, in der Anwendung allerdings eingeschränkte Wandlung gegenüber dem christlichen Entwurf (auch) des internationalen Rechts.

Dieser legitimierte die Ausweitung der Macht durch Eroberung fremden Gebietes, indem das sittlich-religiös begründete Recht zwischen „Gut“ und „Böse“ unterschied und den „Kampf für die gerechte Sache“ zum Recht erklärte. Dem „Bösen“, „Ungerechten“, „Ungläubigen“ wurde dagegen jedes Recht abgesprochen. Stichworte sind: Kreuzzüge, spanische Conquista, deutsche Ostkolonisation. In der Chronik der Eroberungskriege des Deutscherherrenordens liest sich das etwa so: „Sieh die wunderbare Kraft, durch welche alle Menschen, die einst Preußen bewohnten ..., ausgelöscht sind und ihre Städte und Befestigungen bis auf den Grund zerstört sind und ihre Kriegsmacht zerbrochen ist; auf diese Weise hat der Herr sie vom unrechten Weg abgebracht, und wegen ihres Ungehorsams sind sie gedemütigt worden.“

Im wesentlichen mit Grotius (1553-1655) setzt die säkular-naturrechtlich begründete Abgrenzung des Rechts gegen die moralischen Normen ein; die Entwicklung dieser Abgrenzung über mehr als 200 Jahrhunderte vollendet Kant (1724-1804), der „Recht und Moral endgültig als voneinander unabhängige Werte“ setzt (Franz Neumann, „Behemoth ...“). Die Vernunft setzt sich gegenüber dem Sittlichkeitsdenken durch – dieses Ergebnis verarbeitet die furchtbaren Erfahrungen einer endlosen Kette von Kriegen in ganz Europa, vor allem zu nennen die Religionskriege in Frankreich (1562-1598), der dreißigjährige Krieg (1618-1648), der Bürgerkrieg in England (1642-

45), die spanischen Erbfolgekriege (die 1713 mit dem Utrechter Frieden endeten). In den vielen Kriegen dieser kriegerischen Epoche spielte die religiöse Verkleidung der Interessen eine meist große Rolle. Vor allem der dreißigjährige Krieg – ein Krieg, der im wesentlichen im damaligen deutschen Reich stattfand und an dem die meisten europäischen Mächte beteiligt waren – hatte gelehrt, wie verheerend die Verflechtung von Interessenkonflikten mit Glaubensgegensätzen ist, wie maßlos die Auseinandersetzung ist, wenn sie mit dem Versuch verbunden ist, einen „von oben“ gestifteten sittlichen Sinn gegen andere und nach innen durchzusetzen. Drei Dinge entschieden einen Krieg, hatte Wallenstein gesagt: erstens Geld, zweitens Geld, drittens Geld – der Grundsatz, dass sich die Kriegsparteien erschöpfen und der Krieg aufhört, wenn kein Geld mehr da ist, war im Dreißigjährigen Krieg weitgehend außer Kraft gesetzt. Die Formierung der Kriegsparteien zu „Wertgemeinschaften“ erschloss ihnen Verbündete, die militärisch intervenierten und/oder zahlten, und mobilisierte so immer neue Ressourcen für die Kriegsführung. (Nicht umsonst formulierte Kant als vierten seiner sechs Präliminarartikel zum ewigen Frieden: „Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshändel gemacht werden.“ („Zum ewigen Frieden“))

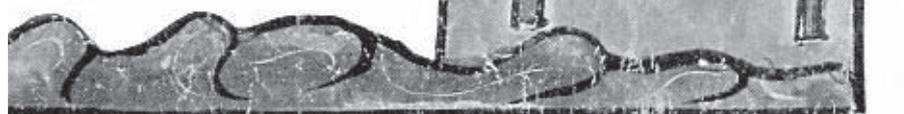
Mit dem westfälischen Frieden fand das Prinzip der Nichteinmischung erstmals Eingang in das internationale Recht. Im Zusammenhang dieser politische Praxis trat im mit Vernunftprinzipien begründeten Entwurf des internationalen Rechts das Bestreben zu Tage, die Rivalität der in Europa entstehenden modernen Nationalstaaten zu zügeln.

Dabei setzte sich in einem langen Streit die Auffassung durch, dass nicht eine Art vorgestellter und zu bildender „Überstaat“ (civitas maxima), sondern die „Gesellschaft der Nationen“ Quelle des internationalen Rechts ist. Danach wurden die Nationen, d.h. die souveränen Staaten, wie Individuen betrachtet, die miteinander im „natürlichen Zustand“, d.h. vollständig frei und unabhängig voneinander leben. Vattel etwa, der in seinem Werk „Droit des Gens ...“ (1758) die diesbezüglichen zeitgenössischen Überlegungen systematisierte und zusammenfaßte, schrieb: „Da die Nationen frei und unabhängig voneinander sind – denn die Menschen sind von Natur frei und unabhängig –, so ist es das zweite Gesetz ihrer Gesellschaft, dass jede Nation im friedlichen Genuss dieser ihr von der Natur verliehenen Freiheit gelassen werden muss. Die natürliche Gesellschaft der Nationen kann nicht bestehen, wenn die Rechte, die jede von Natur hat, nicht geachtet werden.“ „Jede Nation muss den anderen herausgeben, was ihnen gehört, ihre Rechte achten und ihnen deren friedlichen Genuss lassen.“ Und: „Es ist eine offenkundige Folgerung aus der Freiheit und der Unabhängigkeit der Nationen, dass

alle das Recht haben, sich zu regieren, wie sie es für richtig halten, und dass keine das geringste Recht hat, sich in die Regierung einer anderen zu mischen. Von allen Rechten, die einer Nation gehören können, ist die Souveränität zweifellos das wertvollste und dasjenige, das die anderen am gewissenhaftesten achten müssen, wenn sie ihr nicht zu nahe treten wollen.“

Sittliche Legitimierung des Kolonialismus

Entgegen dieser Begründung der Vernunft als tragendes Prinzip des internationalen Rechts hat die Berufung auf einen sittlichen Sinn allerdings auch seither eine – nicht unwesentliche – Rolle gespielt, und zwar zur Legitimierung der kapitalistischen Expansions- und Eroberungspolitik. „So ungerecht diese Zwecke (eines Krieges – d.Verf.) auch an sich erscheinen mögen, so wird dennoch dadurch der erste Grundzug des Weltplans, die allgemeine Verbreitung der Cultur, allmählich befördert“, lieferte Fichte 1806 in „Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters“ die philosophische Rechtfertigung zukünftiger Kolonialkriege. Im Namen dieses



1099: Bei der Eroberung Jerusalems werfen die Franken die Köpfe der im Kampf getöteten „ungläubigen“ Türken über die Mauern.

„Weltplans“ ertränkte z.B. der deutsche General von Trotha die Freiheitskriege der Hereros in Blut. „Was den Gesichtspunkt der Humanität betraf ...“, kommentierte der Geistliche und eifrige Kolonialist Paul Rohrbach, „so muß an sich zugegeben werden, daß unter Umständen, um die friedliche (!) Siedlung der Weißen vor einem schlechthin kulturunfähigen, räuberischen Eingeborenentstamm zu sichern, dessen tatsächliche Vernichtung erforderlich werden kann.“ (1907, „Deutsche Kolonialwirtschaft“)

Man anerkannte das Recht anderer Nationen, wo man nicht umhin kam, also im wesentlichen das Recht von Seinesgleichen, das Recht der Zentren des kapitalistischen Wirtschaftens. Was ansonsten galt, formulierte Friedrich Naumann für den deutschen Imperialismus so: „Wir müssen das ‚Nationalitätsprinzip‘ in seinem geschichtlichen Werdegang erfassen, wenn wir es nicht töricht anwenden wollen. Es existiert keineswegs ein Recht auf Souveränität aller vorhandenen Nationen ... Um der Freiheit der kleinen Nationen an sich rührt keine Macht einen Finger. Die Kleinen haben das Recht, sich beschützen und verteilen zu lassen; das ist alles. (...) Unsere Nation ist stark genug gewesen, im Kampf ums Dasein nach

oben zu kommen. Wir können darum Nationalpolitik treiben, nicht weil das Nationalitätsprinzip herrscht, sondern weil wir als Nation stark genug sind zu herrschen. Das ist ein großer Unterschied. (...) Wir scheuen uns gar nicht, Polen, Dänen, Suaheli, Chinesen nach Kräften zu entnationalisieren. Über die Methode, wie dies am besten geschieht, streiten wir uns, in der Sache aber sind wir einig. Was wir aber unter keinen Umständen zulassen wollen, ist die Entnationalisierung des deutschen Volkes.“ (zitiert nach Fenske, Bd. 7, S. 178f.)

Globalisierung, Nationalstaaten und internationales Recht

Die Nationalstaaten waren der soziale Rahmen, in dem sich die kapitalistische Produktionsweise entfaltete. Deren Charakter war jedoch von Anfang an international, d.h. sie bewirkte „die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes“ (Marx, *Kapital I*, S. 790). Die Regionen der Welt, denen in der sich herausbildenden internationalen Arbeitsteilung zunächst vor allem zukam, als „vorzugsweis agrikoles Produktionsfeld für den anderen als vorzugsweis industrielles Produktionsfeld“ (ebenda, S. 475) zu fungieren, wurden durch die eu-

Mit 46 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war das erste Seminar des Rosa-Luxemburgs-Bildungswerk NRW in Zusammenarbeit mit dem PDS-Landesverband für die **neugewählten Kommunalabgeordneten** eine erfolgreiche Veranstaltung. Von den 49 neugewählten PDS-Abgeordneten verfügen nur sehr wenige über Erfahrung in den Kommunalparlamenten. Noch vor den ersten Rats-, Kreistags- und Bezirksvertretungssitzungen bot sich bei dem zweitägigen Seminar so Gelegenheit, einen ersten Einblick in die Gemeindeordnung, Geschäftsordnungen und Hauptsatzungen zu erhalten, kommunale Haushaltspläne zu studieren und sich mit Klaus Jann von der Demokratischen Linken Wülfrath zu unterhalten, der seit 15 Jahren in Wülfrath als Stadtrat tätig ist und allen geraten hat, sich auf dauerhafte



und kontinuierliche Arbeit einzustellen, aber dies mit Selbstbewußtsein: „Das Rathaus gehört jetzt Euch. Ihr geht dort nicht als Bittsteller hin, sondern als Abgeordnete.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verständigten sich darauf, die Gründung eines Kommunalpolitischen Forums NRW vorzubereiten, das die Koordination und die Unterstützung der Ratsfraktionen, -gruppen und Einzelmitglieder übernehmen soll. Noch in diesem Jahr werden weitere Seminare stattfinden, eines mit dem Schwerpunkt „Kleine Zeitungen“, damit die Abgeordneten der offenen PDS-Listen Möglichkeiten schaffen können, sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden. Im Dezember will die PDS-Bundestagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ein kommunalpolitisches Seminar durchführen, zu dem auch die kommunalen Abgeordnete

ten aus den anderen alten Bundesländern im Norden eingeladen werden sollen. *uld*

Im neuen Pressedienst 38/99 veröffentlicht der Parteivorstand einen Beschluß zur „**Unterstützung für Wahlen in den westlichen Bundesländern bis 2002**“. Der Beschluß ist faktisch ein Rahmen, welche jeweiligen Vorbereitungsarbeiten und Unterstützung durch den Parteivorstand möglich sind. Der Beschluß ist moderat und läßt den jeweiligen Landesverbänden bzw. Kreisverbänden genug Platz eine eigene Politik zu entwickeln. Der Parteivorstand hält eine Steigerung der Wahlergebnisse der PDS bei den nächsten Bundestagswahlen „auf mindestens 1,5%, wobei 2% angesichts der messbaren Potentiale bis 2002 erreichbar sind.“

Am 19. September tagte der Arbeitsausschuss des **Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften**. Er beschloss u.a., das von der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung ins Auge gefasste Vorhaben zu unterstützen, eine Reihe von eintägigen Treffen durchzuführen, um den Datensatz der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Diskussion zu erschließen. Der erste Kurs soll im nächsten Frühjahr beginnen. Weiterhin traf er die Festlegung, für die Politischen Berichte einen ausführlichen Diskussionsbeitrag zu erarbeiten zum Thema: Veränderung der Weltlage und ihre Auswirkungen auf die kurdische Frage. Schließlich legte er als Thema für die Frühjahrskonferenz des Forums fest: Umbau der Sozialversicherung. *see*

Zusammenstellung: jöd

ropäischen Nationalstaaten „in Besitz genommen“. Die Herausbildung der 185 Staaten, die heute in der UNO Sitz und Stimme haben, ist überwiegend das Ergebnis eines jahrzehntelangen antikolonialen Befreiungskampfes. Die Marginalisierung der UNO geht einher mit einer neuen Phase der kapitalistischen Expansion, der Vertiefung der ökonomischen Globalisierung, und parallel dazu mit einem neuen, gemeinschaftlichen Anlauf der herrschenden Mächte, den Rest der Welt zu „entnationalisieren“: Sie zerstören, wie Samir Amin es beschreibt, die politische Widerstandsfähigkeit der Staaten, Nationen und Völker. „Die Welt wie einen Markt zu verwalten‘, verlangt die maximale Zersplitterung der politischen Kräfte, d.h. praktisch die Zerstörung der Staatsgewalten (...), das Aufspalten der Nationen in infranationale Gemeinschaften (ethnischer, religiöser u.a. Art), ihre Schwächung zugunsten supranationaler Bindungen (religiöse Integrismen) usw.“ („*Die Zukunft des Welt-systems*“)

Diese „Entnationalisierung“ trifft die Länder und Regionen, die in der kapitalistischen Weltwirtschaft keine Entwicklungschancen haben, die vielmehr durch die Expansion der kapitalistischen Märkte weiter zerstört und zurückgeworfen werden.

Exkurs: Breite Basis für „Deutsch-Europa“

In der vor sich gehenden Herausbildung des europäischen Binnenmarktes konkretisiert sich das, was der Begriff der „ökonomischen Globalisierung“ beinhaltet. Und hier gewinnt der Begriff „Europa“ bzw. das in diesem Zusammenhang formulierte und propagierte „deutsche Interesse an Europa“ anhangbildende Sprengkraft (dazu u.a. die beiden Beiträge in Sachen „Wiedervereinigung Europas, Europa muss Weltmacht werden!“ von Egon Bahr, SPD, und Friedbert Pflüger, CDU, in der Zeitschrift „*Internationale Politik*“ 1/99):

„(Die) ... EU-Erweiterung rechnet sich auch wirtschaftlich. Die mittel- und ost-europäischen Staaten sind zukunftsfähige Märkte, von denen vor allem die exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert. (...)

Es ist offenkundig, dass eine EU-Erweiterung mit ihren Wachstums- und Strukturwirkungen die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöhen wird. Nicht selten wird auf die Gefahr hingewiesen, die europäischen Volkswirtschaften könnten in zukunftsfähigen Branchen der Weltwirtschaft den Anschluss verlieren. Der mit Erweiterung auf mehr als 433 Millionen Menschen anwachsende Binnenmarkt, die größeren Chancen der Arbeitsteilung innerhalb der EU einschließlich der Eingliederung kostengünstiger Produktionsstandorte begünstigen eine verbesserte Wettbewerbsposition der europäischen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt.“ (Pflüger, a.o., S. 55f.)



Anzeige

KAZ

**Kommunistische
Arbeiterzeitung** Nr.293
August 99 2 DM

**Ihr Friede ist aus
dem selben Stoff
wie ihr Krieg!**

erscheint vierteljährlich
Einzelheft 2 DM
Jahresabo 15 DM

Redaktion der
Kommunistischen Arbeiterzeitung
Schweppermannstr. 19
90408 Nürnberg

Tel/Fax: 0911-356913

Solche „kostengünstigen Produktionsstandorte“ bestehen mittlerweile u.a. in der Tschechischen Republik, in der Slowakischen Republik, in Ungarn, in Rumänien und in Bulgarien. Am Beispiel des „Branchenberichte 15/98 der Finanzgruppe ‚Deutscher Sparkassen- und Giroverband‘ zum Bekleidungs-gewerbe“ kann ganz gut verdeutlicht werden, was die „Tendenz (des) ... Strukturwandels in Richtung verstärkter internationaler Arbeitsteilung“ faktisch für die Beschäftigten in diesen Volkswirtschaften – aber auch für die Beschäftigten z.B. in der BRD – bedeutet:

Diese Branche „unternimmt schon seit längerem erhebliche Anstrengungen, sich die komparativen Vorteile einzelner Standorte, speziell die der niedrigen Löhne, nutzbar zu machen. So hat (sie) ... den Weg einer fortschreitenden Globalisierung beschritten ... (...) Der Anteil des passiven Veredelungsverkehrs (PV-Verkehr), der Anfang der achtziger Jahre bei rd. einem Viertel gelegen hat, liegt gegenwärtig bei ca. 37%. Sein wirtschaftlicher Charakter hat sich dabei in den letzten Jahren gewandelt. Mittlerweile steht als Motiv die Aufrechterhaltung der teureren inländischen Produktion mit Hilfe der Mischkalkulation im Vordergrund.“ (S. 21)

Die Eingliederung dieser Staaten bzw. Volkswirtschaften in den EU-Großwirtschaftsraum hat hierzulande offenkundig deswegen beträchtlichen wirtschaftlichen und politischen Zuspruch, weil sie existenzbewahrenden Charakter für nicht wenige („teurere“) Beschäftigte und deren Haushalt hat.

Die Zerstörung der Staatsgewalten der peripheren Länder geht einher mit der Stärkung der Staatsgewalt in den Zentren der kapitalistischen Produktionsweise. Staatliche Gewalt ist das Mittel, mit dem die ökonomische Globalisierung durchgesetzt wird. Das soll hier nicht im einzelnen bewiesen werden, doch es ist offensichtlich, dass die Zerstörung der politischen Widerstandsfähigkeit letztlich nicht ohne den Einsatz militärischer

Gewalt abgeht. Das zeigt Jugoslawien; der Krieg gegen Jugoslawien sollte nicht nur das Hemmnis aus dem Weg räumen, das Jugoslawien, das einzige Land im südöstlichen Europa, das NATO und EU nicht beitreten wollte, für die Expansion des EU-Großwirtschaftsraums immer noch bedeutete. Er erhöhte auch den Unterwerfungsdruck auf die ganze Balkanregion.

In der öffentlichen Legitimation der internationalen Recht brechenden Gewalt werden wieder einmal sittliche Normen ins Spiel gebracht. Dieses Mal lautet das sich um die Menschenrechte rankende Begriffspaar: „Bestialität und Humanität“ (Habermas). Wie verlogen es ist, die Menschenrechte gegen das internationale Recht, die staatliche Souveränität und die territoriale Integrität auszuspielen, um die militärische Intervention universalistisch, im Namen einer höheren Sittlichkeit zu rechtfertigen, wird schon daran deutlich, dass der einheitliche Begründungszusammenhang, dem sowohl Menschenrechte wie staatliche Souveränität entstammen, kurzerhand zerrissen wird.

Was als Kampf für „Menschenrechte“ daherkommt und sich in der Umwälzung des Staatenrechts zum „Weltbürgerrecht“ niederschlagen soll, ist der Versuch der NATO-Mächte, weltweit einheitliche Rechtsnormen durchzusetzen – Rechtsnormen, die die privilegierte Situation der Kapitaleigentümer absichern. Es geht um das Recht, Eigentum zu erwerben, Kapital ohne Einschränkung investieren zu können, den Betrieb dirigieren und die abfallenden Gewinne transferieren zu können. Hier sind die – zunächst gescheiterten – MAI-Verhandlungen außerordentlich aufschlussreich.

Gegenpositionen

Für die Entwicklung des Programms und der Politik der PDS sind uns folgende Schlussfolgerungen und Gesichtspunkte wichtig:

1. Wir sind mit dem Versuch der Zentren der kapitalistischen Produktion

konfrontiert, nationale Interessen, deren Durchsetzung Unfrieden schafft, hinter angeblich universellen, d.h. Menschheitsinteressen zu verbergen, in deren Namen sie die Welt zurichten. Dem entspricht das Bestreben, einheitliche Rechtsnormen durchzusetzen, die in Wirklichkeit die Interessen der großen monopolistischen Eigentümer widerspiegeln, und die UNO in eine Art „Überstaat“ zu verwandeln, der in Wirklichkeit die Durchsetzung der nationalen Interessen einiger weniger Machtzentren gegen den großen Rest der Welt ermöglicht. Im Kampf gegen den Krieg ist die Orientierung auf einen solchen wie immer gearbeteten „Überstaat“ verhängnisvoll. Insofern erleichtern, bei im einzelnen etlichen richtigen und unterstützenswerten Forderungen, die Gysi-These Kritik an und Widerstand gegen die aktuellen Bestrebungen der deutschen Politik nicht. Sie führen in der Konsequenz auf die abschüssige Bahn der Legitimierung von Kriegen unter Berufung auf eine höchste Instanz.

2. Die BR Deutschland ist eine der NATO-Hauptmächte; in der Mitte Europas liegend, hält sie von den großen westlichen Mächten die am weitesten gegen Osten vorgeschobene Position, ein mächtiger Stützpunkt in der immer deutlicher erkennbar werdenden Front gegen Russland. Sie verfügt über die größte Wirtschaftskraft innerhalb des EU-Großwirtschaftsraums, über den größten kulturell homogenen Bevölkerungsblock und damit insgesamt über ein ungeheures Machtpotential. Es geht nicht um die Begründung eines „deutschen Sonderweges“. Doch gibt es aufgrund allein schon dieser Bedingungen für Deutschland, und das ist durchaus eine zentrale Lehre aus der Geschichte, nur die Alternative herrschen zu wollen oder sich zu vertragen. Die PDS muss bedingungslos für die zweite Alternative eintreten, das heißt für eine Politik, die dem deutschen Staat jedes Recht auf Entfesselung seiner Staatsgewalt gegen andere Länder bestreitet, ob selbständig, in Bündnissen

oder innerhalb internationaler Organisationen und getarnt durch angebliche Menschheitsinteressen. Unsere Losung muss sein: *Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten!*

Das geltende PDS-Programm enthält eine Reihe von Forderungen, die das militärische Monopol der BRD als eine der dominanten Mächte der Welt betreffen und schwächen sollen. Keine der dort entwickelten Forderungen ist obsolet geworden, im Gegenteil. Darüber hinaus muss die PDS allen Bestrebungen der BRD, das eigene Gewicht in den internationalen Organisationen zu erhöhen, z.B. durch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, eine unzweideutige Abfuhr erteilen.

3. Umgekehrt müssen das Recht und die Möglichkeiten der großen Mehrheit der Menschheit, sich abzukoppeln, eigene Entwicklungswege zu suchen und zu beschreiten, gestärkt und unterstützt werden.

Die Diskussion darüber ist innerhalb der PDS weitgehend noch zu führen. Es würde sich trotz des Scheiterns so vieler Ansätze lohnen, die Erfahrungen des letzten halben Jahrhunderts aufzuarbeiten, vor allem die Bestrebungen, die zur Bandung-Konferenz 1955, zur Blockfreienbewegung u.ä. führten, sich mit deren Zielen und Forderungen vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung erneut auseinanderzusetzen. Es ist dringend notwendig, sich mit aktuellen Bewegungen und Forderungen gegen die Herrschaft der kapitalistischen Metropolen zu befassen und Verbindungen zu entwickeln. Dabei ist auch die Diskussion zu entfalten, wie die im internationalen Recht verankerten Institutionen, die den herrschenden Mächten die Kontrolle der Weltmärkte ermöglichen (Weltbank, IWF, WTO etc.), aufgelöst und wodurch sie zu ersetzen sind.

4. Die Auseinandersetzung um die Menschenrechte ist zu führen. Es ist z.B. ein Unding, dass die Freiheit des Eigentums, des Kapitals uneingeschränkt gelten soll, während die Freiheit der Arbeit international wie selbstverständlich nicht existiert. Das PDS-Programm müsste also das Recht auf Freizügigkeit – die das Recht auf Flucht einschließt – entwickeln, statt wie bisher nur unter dem Gesichtspunkt „Der Rechtsentwicklung entgegenzutreten“ die Forderung „Offene Grenzen für Menschen in Not“ aufzuführen.

Im traditionellen abendländischen Diskurs sind die Menschenrechte hauptsächlich eigentumszentriert begründet. Unseres Erachtens käme es darauf an, die Menschenrechte als Recht zu leben (und zwar im Sinne des guten Lebens) konkret zu fassen, ein Recht, das nicht zuletzt gegen die kapitalistischen Zentren durchzusetzen ist.

*Berichterstattung:
Christiane Schneider*

Lebensbeschreibung eines kaum bekannten Hitlergegners aus Derching

Die Tragödie des Franz Fücksle

Hitlergegner – im Raum Augsburg denkt man da zunächst an Sozialisten und Kommunisten, an Personen wie Bebo Wager, Eugen Nerdinger oder Josef und Anni Pröll, die mit bewundernswerter Beharrlichkeit und Entschlossenheit Widerstand gegen Naziterror leisteten. Aber es gab auch Einzelgänger, die sich mit ihren Mitteln einsetzten und nicht aufgaben. Einer davon ist Franz Fücksle.

Das Leben von Franz Fücksle ist jetzt von Max Zinterer, der als kleiner Junge Zeuge von Fücksles Verhaftung wurde, erforscht und nachgezeichnet worden. Das Buch ist im Augsburgener Wißner-Verlag erschienen.

Franz Fücksle, Jahrgang 1883, geriet nach dem Ersten Weltkrieg unter den Einfluss der wirtschaftspolitischen Utopie von Otto Dickel, der die Siedlung Dickelsmoor gründete und in der Frühgeschichte der NSDAP eine Rolle spielte, bis es zum Bruch zwischen ihm und Hitler kam. Diesen Ideologien und Verwerfungen – Zinterer nennt das eine „verbockte Epoche“ – spürt das Buch nach, um die Entwicklung Fücksles, über die wenig Tatsächliches bekannt ist, skizzieren zu können.

Bereits bei einer ersten Begegnung mit Hitler 1921 – der damals in Augsburg erstmals als Redner auftritt – ist Fücksle Hitlergegner: „Seine Abneigung gegen Hitler hat sich früh gebildet und ist elementar. Nach dem physischen Aufeinandertreffen verfestigt sie sich derart, daß der Wunsch, diesen Mann zu beseitigen, zum Kern von Fücksles Persönlichkeit wird.“ (S. 74) Immer wieder beteuert Fücksle in den 30er Jahren, er könne, ohne zu zögern, dem Führer den Kopf herunterschneiden. Dieser Satz wird zu Fücksles Stereotyp, viele in Derching hören es von ihm – und dennoch lassen sie ihn viele Jahre unbehelligt. Wie das zu erklären ist, wird ebenfalls beschrieben. Nach einer Denunziation durch eine Nachbarin wurde Fücksle 1943 doch verhaftet und am 9. März 1944 in Berlin vom Volkgerichtshof zum Tode verurteilt. Das Urteil lautet: „Im Namen des deutschen Volks! Der Angeklagte Franz Fücksle hat im April 1943 zu einem jungen Arbeitsmann, der kurze Zeit darauf zum Militär eingezogen wurde, gesagt: Du blöder Hund, wenn du wirklich einmal zur Front mußt, sollst du ja nicht auf die Russen schießen, sondern gleich überlaufen. Er wird deshalb zum Tode verurteilt. Die Ehrenrechte werden ihm für immer aberkannt. gez. Lämmle“

Als einer von 27 Männern wird Fücksle im Zuchthaus Brandenburg-Görden am 17. April 1944 hingerichtet.

Max Zinterer, Lehrer im Ruhestand und Stätzlinger Heimathistoriker, hat es

sich nicht leicht gemacht mit dieser Biographie, und er mutet auch dem Leser einiges zu. Über die Frühgeschichte der NSDAP erfährt man interessante Einzelheiten; auch psychoanalytische Deutungsversuche werden unternommen. Man muss dem Autor nicht bei jeder Interpretation folgen. Zinterer gibt der Versuchung nicht nach, seinen Helden zu romantisieren. Er arbeitet deutlich die Begrenztheiten und Absonderlichkeiten der politischen Auffassungen des Umfelds und der Vorbilder Fücksles heraus. Eine besondere Leistung ist die Nachzeichnung des dörflichen Lebens, aus der der Autor die Erklärung gewinnt, wie es möglich ist, dass Fücksle im Faschismus so lange relativ frei reden konnte. So ist es denn zugleich ein Buch über Augsburg und Umgebung wie ein exemplarisches Buch über Hitlergegner auf dem Land.

mif

Max Zinterer, Fücksle: Die Tragödie eines Hitlergegners der ersten Stunde. Augsburg: Wißner-Verlag 1999, 142 Seiten, zahlr. Abb., 24,80 DM

Attackierende Kanaken

Feridun Zaimoglu beim Mannheimer Nationaltheater

Das Mannheimer Nationaltheater lädt seit 1997 Autoren nach Mannheim ein, sogenannte Theaterdichter oder auch Hausautoren. Sie erhalten ein monatliches Stipendium von 2000 DM und eine Wohnung in der Alten Feuerwache, vor allem haben sie die Möglichkeit, bei aktuellen Inszenierungen mitzuwirken oder an eigenen Texten zu arbeiten. Die Wahl des Schauspiels für die Spielzeit 1999/2000 fiel auf den Kieler Autor Feridun Zaimoglu.

Bekannt wurde Zaimoglu, der 1963 in Bolu/Türkei geboren wurde und seit beinahe dreißig Jahren in Deutschland lebt, durch *Kanak Sprak. 24 Mißtöne vom Rande der Gesellschaft*, das 1995 erschien. Jahrzehntelange Ausgrenzung der sogenannten „Ausländer“ hatte nur zur Verbitterung und zum Entstehen von türkischen Ghettos geführt, aber als im wiedervereinigten Deutschland die rassistische Gewalt explodierte, Volksfeste unter anderem in Hoyerswerda, Rostock und auf der Schönau feierte und die politische Klasse Verständnis demonstrierte, da fragten sich manche: warum lassen die sich das gefallen? Warum kam die Wut nur kurz nach den Morden von Solingen zum Ausbruch?

Während sie sich also auf die Suche nach Antworten über die Befindlichkeit der Ausgegrenzten machten, erschien Zaimoglus erstes Buch, und es ließ die Migrantenkinder der 2. und 3. Generation zu Wort kommen. *Kanak Sprak* enthält etwas von ihrer Wut: „ich spiel in der liga der Verdammten“, meint eines zum

Autor, „aber so verdammt und zugena-
gelt wie der ochsige alemanne kann ich
aber bei gott nicht sein.“ 24 Gespräche
hat Zaimoglu geführt mit deutsch-türki-
schen Kleinkriminellen, Rappern und
Breakern, Psychatriepatienten und Ta-
gelöhnern, ihre Aussagen (manchmal as-
soziativ) verdichtet und stilisiert und,
nachdem seine Gesprächspartner die
Texte abgesehnet hatten, veröffentlicht.
Zaimoglu läßt sie in einer frei rhythmisierten,
agrammatischen, aber auch sehr
poetischen Sprache sprechen, in der Ka-
nakprakt, „eine Art Creol oder Rotwelsch
mit geheimen Codes oder Zeichen.“

Es entstanden so beeindruckende Mo-
nologue, aus denen der Hass auf die deut-
sche Mehrheitsgesellschaft und die
Kränkung durch die „Alemannen“
spricht. Prominentestes Ziel dieser
Attacken waren jene liberalen Deut-
schen, die sich als Kosmopoliten fühlen,
weil sie beim türkischen Gemüsehändler
an der Ecke einkaufen: „Da kommen
denn die förderfreunde und geben dir'n
klaps auf die schulter, und sagen dir:
mann, das betrifft mich jetzt volle kante,
daß du'n armes schwein bist.“

Auch sein nächstes Buch, *Abschaum*.
Die wahre Geschichte des Ertan Ongun,
beleuchtete das Ghetto. Es ist die au-
thentische Geschichte eines Kieler Kri-
minellen und Junkies, die Zaimoglu „oh-
ne jeden literarischen Anspruch“, wie er
selbst sagt, niederschrieb. In seinem
jüngsten Werk *Koppstoff*, erschienen
1998, wendet sich Zaimoglu dem weib-
lichen Teil der 3. Generation zu.

Er ist ein umtriebiger Schriftsteller,
und zahlreich sind seine Projekte. Mo-
mentan arbeitet er an dem Drehbuch der
Verfilmung von *Abschaum* mit, die An-
fang nächsten Jahres unter dem Titel *Ka-
nak Attack* in die Kinos kommen wird.
Zaimoglu plant „Kulturabende“ im Na-
tionaltheater, bei denen poetry slams
stattfinden und verschiedenen DJs Plat-
ten auflegen sollen. Nebenbei publiziert
er, gibt Interviews und schreibt an einem
neuen Roman, mit dem er ein für ihn neu-
es Feld erschließen will. Ein gänzlich fik-
tiver Roman mit „schwärzestem Humor“
soll es werden.

Genug vom Thema?

Keineswegs, Zaimoglu versteht sich ex-
plizit als Öffentlichkeitsarbeiter in die-
ser Sache. Und Gründe für die Wut der
„Kanakster“ (Zaimoglu) gibt es noch ge-
nug. Deshalb ist er auch aktiv in einem
bundesweiten losen Zusammenschluß
von kulturpolitischen Migrantengrup-
pen aus mehreren deutschen Großstäd-
ten. Den Aktiven bei der „kanak attack –
Kulturoffensive“ ist die radikale Ableh-
nung der ebenso verkrampten wie alibi-
haften „Multikulti-Politik“ und Einrich-
tungen wie Ausländerbeiräte gemein-
sam. Sie bereiten gerade eine Tour durch
Deutschland vor, bei der sie mittels Lite-
ratur, aber auch mit Rap und HipHop mit
gängigen Türkenklischees aufräumen
wollen.

„Ich bin ein politischer Autor“, be-
kennt Zaimoglu beinahe trotzig. Und als
solchen hat das Nationaltheater ihn auch
engagiert, denn: „Die Spielzeit 1999/
2000 stellt heutige Stücke und aktuelle,
politische Stoffe bewußt ins Zentrum“, so
das Theatermagazin. *Kanak Sprak* be-
handelt „besonders in einer Stadt wie
Mannheim ein hochbrisantes Thema“!

Oft wird er auf die Rolle eines Be-
richterstatters aus dem Ghetto reduziert,
„Feldforscher“ nennt ihn das Verlagsinfo
und die FAZ einen „Propagandisten“. Er
selbst sagt, er will eine „Plattform“ bie-
ten für die Stimmlosen, was natürlich wie
jedes Für-andere-sprechen zahlreiche
Probleme birgt. Aber noch problemati-
scher als Zaimoglu selbst ist seine Re-
zeption. Das ebenso gerechtfertigte wie
folgenlose schlechte Gewissen der Deut-
schen sieht im kriminellen, drogendea-
lenden Kanaken die Verkörperung all sei-
ner Alpträume und manchmal die Be-
stätigung all seiner Ressentiments. Das
Programmheft des Nationaltheaters
bringt das entsprechende Zitat: „Wir
sind die Kanaken, vor denen ihr Deut-
schen immer gewarnt habt. Jetzt habt ihr
uns, ganz eurem Bild und euren Ängsten
entsprechend.“

Das ist der Kern des öffentlichen In-
teresses an ihm. Fragen, die die deutsche
Öffentlichkeit als unangenehm empfin-
det, werden heute keineswegs mehr mit
Tabus belegt und totgeschwiegen, son-
dern mit einem gewaltigen Gelaber be-
deckt – siehe die Debatte um das soge-
nannte Holocaust-Mahnmal.

Diese Ängste hervorzurufen und sie
gleichzeitig durch vollendete Umgangs-
formen, auf die in den Artikeln über ihn
immer wieder hingewiesen wird, zu be-
ruhigen, das macht Zaimoglus Popula-
rität aus. Es entsteht ein Kitzel. Die deut-
schen Phantasien vom Ghetto orientieren
sich natürlich an den entsprechenden
Klischees aus den USA. Manchmal nen-
nen Zeitschriften ihn den „Malcom X der
Kieler Türken“. Deutsche (Journalisten)
wollen Ghattokinder inklusive allem,
was dazugehört: religiös und nationalis-
tisch motiviert, Drogen dealend und
Breakdance tanzend.

HipHop

Am Beispiel der HipHop-Kultur zeigt
sich das Projektive an den Ghattophan-
tasien besonders deutlich. Die Sprache
der Deklassierten ist als Medium und
Form übertragbar und verwendbar für
die verschiedensten Menschen und Ziele.
Nun sind aber beinahe alle Intellektuel-
len übereingekommen, daß Afroamerika-
ner so einen „Gegenrassismus“ propa-
gieren („nation of islam!!!“), wenn sie
nicht gerade von Lust, Leidenschaft und
gangsta shit schwätzen. Was an der me-
dialen Vermittlung von HipHop aus den
USA verzerrt ist, das ist übertragen auf
HipHop aus Deutschland absurd: South
Central ist nicht Kreuzberg, in Deutsch-
land sitzen auch keine 1,8 Millionen Men-
schen im Knast. Weder existiert hier eine

vergleichbare soziale Situation, noch ist
die Ethnisierung des Sozialen ähnlich
weit fortgeschritten. HipHop in Deutsch-
land ist immer noch ein Feld, in dem die
Aktiven nicht nach ihrer Herkunft sor-
tiert werden.

Selbstbezeichnung als „Kanak“

Auch die Selbstbezeichnung als „Kana-
ke“ hat ein historisches amerikanisches
Vorbild: wie Afroamerikaner sich selbst
als „Nigger“ bezeichnen, um die gemein-
ste der Beleidigungen zu entkräften, so
soll „Kanak“ nicht mehr verletzen könn-
en. Ein zweiter Aspekt ist die manchmal
vertretene Meinung (z.B. in der Hambur-
ger 17^o), unter „Kanak“ ließen sich alle
rassistisch Ausgegrenzten zusammenfas-
sen, eine Chance auf eine Koalition der
Unterdrückten, anstatt weiter Selbsteth-
nisierung als Türken, Albaner etc. zu be-
treiben.

„Auf die Nation beziehen sich die Aus-
gebremsten“, sagt Feridun Zaimoglu.
Das ist unzweifelhaft wahr, die Aus-
bremser tun es unter Umständen auch. Er
begreift „Identitäten und Rollen als
Durchgangslager“, aber leicht verirrt
sich eine identitätspolitische Interventio-
n im Dschungel der Identitäten und Kli-
schees. „Heimat ist altmodisch!“ ist die
Meinung von jungen, hippen Kanakster,
die sich einbilden, auf der Gewinnersei-
te zu stehen. Sie unterschätzen die Mo-
dernität des Nationalismus.

Rassismus ist ein schichtübergreifen-
des Phänomen, aber im Gegensatz zum
lautstarken Prolorassismus auf der
Straße äußert sich er sich in der „gebil-
deten Schicht“ leiser, subtiler, meist als
die Anerkennung einer kulturellen Dif-
ferenz. Der kulturalistische Rassist be-
greift Anderssein als statische Eigen-
schaft, die ebenso in die Subjekte einge-
brannt ist, als wäre sie angeboren. Des-
halb bedeutet „interkulturelle Begeg-
nung“ niemals, die „eigene Kultur“ zur
Disposition zu stellen. Der Durch-
schnittsrassist sagt „Die sind eben so!“,
Kulturalisten sagen „Die sind eben so!
Ihre Mentalität! Da muß man tolerant
sein.“ Möglich ist diese repressive Tole-
ranz überhaupt nur, weil keine Rei-
bungsfläche zwischen diesen Deutschen
und Nicht-Deutschen besteht. Dem kul-
turell etwas entgegen zu setzen, das heißt
den Feind auf seinem eigenen Terrain
herauszufordern.

Feridun Zaimoglu kultiviert das Mili-
tante seines Images, aber wogegen rich-
tet sich der Angriff? Gegen jus sanguinis,
für jus soli? Für Integration, gegen Inte-
gration? Ist Zaimoglu nun ein Grenzgän-
ger zwischen Politik und Kultur? Oder ist
er das Rohr im Wind, das zwischen staat-
licher Förderung – das neuste Buch ist
immerhin vom schleswig-holsteinischen
Kulturministerium gefördert, obwohl er
sich beklagt, die Kanaken wären „von
den offiziellen Töpfen abgeschnitten“ –
und kämpferischem Gestus schwankt?
Vielleicht bringt es seine Zeit in Mann-
heim an den Tag. (decoder, KIM)

3. Oktober: CSU-Parteitag in Nürnberg

3.-9. Oktober: Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg

4. Oktober: Türkei - Revisionsurteil gegen Öcalan

8.-9. Oktober: *Der Krieg - Analyse eines Exempels*. Frieden auf dem Balkan? Lehren aus dem Krieg in Kosovo. Eine Konferenz verschiedener Organisationen, siehe PB 18. Am Freitag, den 8., beginnt um 19 Uhr das Plenum mit drei Einleitungsreferaten. Am Samstag, den 9., finden zwischen 9.30 bis 13.00 mehrere parallele Foren statt, ab 13.30 Vorträge und Diskussionsrunde zu „Konsequenzen und Perspektiven“. Ort: Hamburg, Uni, Fachbereich Rechtswissenschaften, Edmund-Siemers-Allee 1.

10. Oktober: Wahlen zu Abgeordnetenhaus und BVV Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

28. bis 31. Oktober: 22. Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover; Motto: „Gegenmacht von unten“, Thema u.a.: Expo 2000 + Foren zu Weltwirtschaft und Globalisierung; Soziale Frage / Soziale Kämpfe; Standortnationalismus und Neue Weltordnung; Modell Deutschland zwischen Expo-Rhetorik und Nachhaltigkeit. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56. buko@cl-hh.cl.sub.de Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/critical-shareholders/buko.htm>

30. Oktober: *Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien*. Erörterung möglicher Anklagepunkte. U.a. folgende Punkte werden in Referaten behandelt: 1. Analyse der Politik der USA und der G7/G8. Staaten im Bestreben um eine „neue Weltordnung“; völkerstrafrechtliche Fragen des NATO-Krieges; Menschenrechte und Frieden; Jugoslawienpolitik der BRD in den 90er Jahren; verfassungsrechtliche Fragen des Platzes und der Aufgaben der Bundeswehr; Verletzung der Regeln des Kriegsvölkerrechts. 10-19 Uhr, Kirche zum Heiligen Kreuz, Zossener Straße 65, Ecke Blücherstr. Vorbereitungskomitee, c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin, Tel. (030) 5 57 83 97, Fax (0 30) 5 55 63 66, Email: gmev@t-online.de

30. Oktober bis 1. November: *Bundeskongress der DFG/VK*, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwabenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17. E-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

17.-19. November: Außerordentlicher Gewerkschaftstag der HBV in Würzburg; ebenso außerordentlicher Gewerkschaftstag der ÖTV. Die Gewerkschaften beraten Anträge zur Dienstleistungsgewerkschaft und zum Weg dahin.

19.-21. November: Tagung in Hamburg: *Friedensarbeit und Friedenszerie-*

ADRESSAUFKLEBER

hung nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien. Veranstalterin: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) in Verbindung mit dem „Ausschuss für Friedenserziehung der GEW Hamburg“ und dem „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation Hamburg“. Kontakt: PPF, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, Tel. (02 71) 2 05 96, Fax (02 71) 2 39 09 85, Email: nolzp@t-online.de

20. November 1999: Dritter Workshop der PDS zum *Genossenschaftsgedanken* und zum Ringen darum, ihn umzusetzen. In einem Schreiben des Parteivorstandes heißt es dazu: „...ist die Diskussion im Kontext mit sozialer und ökologischer Regionalentwicklung vorgesehen. Das Zusammensein soll zugleich zwei praktische Dinge in die Wege leiten: Einmal geht es um konkrete Absprachen über Projekte, die wir unterstützen oder gründen könnten, zum anderen über eine andere Arbeitsform“. Weitere Informationen später.

6. bzw. 7. bis 8. Januar: Vormerken: *Linke Winterschule* in Friedrichroda.

ronahî - andrea wolf



vor einem jahr
am 23.10.98
wurde ronahî
zusammen mit
6 weiteren
freundInnen
in den bergen
kurdistan
vom
türkischen
militär
ermordet

**gedenkveranstaltung
am 24.10.99**
im mamara saal, vogelhüttenweg 48
hamburg - wilhelmsburg
veranstaltung von isku, ejak, ykk

Karten u.a. bei: Informationsstelle Kurdistan, Hobrechtstr. 14, 12047 Berlin, Tel/Fax (0 30) 61 30 56 22

Politische Berichte

Einladung • Einladung • Einladung • Einladung • Ein

Beim letzten Treffen des Arbeitskreises Politische Berichte im Februar in Köln wurde vereinbart, für die Redaktionsbereiche Arbeitskreise zu bilden. Der Arbeitskreis „Regionales und Gewerkschaftliches“ der *Politischen Berichte* trifft sich

**am Samstag, den 23. Oktober 1999, um 11 Uhr
in der DGB-Jugendbildungsstätte in Fulda,
Magdeburger Str. 69, 36037 Fulda.**

Die Tagungsstätte ist zu Fuß in zehn Minuten vom Bahnhof aus zu erreichen.

Vorschlag für die Tagesordnung.

1. *Diskussion der Gliederung bzw. der Rubriken* „Lokaler Widerstand“, „Kommunale Politik“, „Was war“, „Wirtschaftspresse“. – Es sollen eine Liste der Quellen erstellt und Vereinbarungen über deren arbeitsteilige Sichtung getroffen werden.

2. *Herausbildung von Schwerpunkten*. Die Leserinnen und Leser der *Politischen Berichte* informieren sich aus einer Vielzahl von Quellen. Ziel der Redaktionsarbeit muss es sein, Informationen zu bringen und Anliegen zu fördern, die im politischen Arbeitszusammenhang unserer Autorinnen und Au-

toren bzw. unserer Leserinnen und Leser besonderes Gewicht haben. Es soll versucht werden, unter diesem Gesichtspunkt Themen und Anliegen zusammenzutragen und Vereinbarungen über die Bearbeitung zu treffen. – Vorliegen wird ein Vortrag zu den Möglichkeiten der Berichterstattung über Wirtschaftereignisse v.a. im Bereich der Kommunalwirtschaft.

3. *Verbindung mit Schulung und Bildungsarbeit*. Die Entwicklung der modernen Medien, v.a. des Internet, erschließt gerade für die ehrenamtliche Redaktionsarbeit in vorher ungekanntem Maße Quellen. Technische Hilfe bei der Handhabung wird durch die Vereinbarungen über die benutzte Software erleichtert.

Die Tagung wird um 17 Uhr beendet sein.

Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften gewährt Angehörigen seiner Trägerorganisationen einen Fahrtkostenzuschuss.

Die Redaktion Politische Berichte – Regionales und Gewerkschaftliches bittet um *Anmeldung* eventuell mit Vorschlägen und Stellungnahmen bis zum 17.10.1999 über:

GNN-Verlag • Stubaier Str. 2 • 70327 Stuttgart
Tel: 0711/624701 • Fax: 0711 / 621532
e-mail mfochler@gnn-verlage.de

Die Teilnehmenden erhalten dann bis 22.10. Material für die Diskussion.